



EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ich arbeite nicht mehr von zu Hause, ich lebe auf der Arbeit“ (unbek. Autor(in)). Millionen Menschen in ganz Europa sind aufgefordert, wann immer möglich die Arbeit nicht im Büro zu erledigen, sondern in den eigenen vier Wänden. Auf diese Weise können die Busse und Bahnen des ÖPNV geleert und menschliche Kontakte im Arbeitsumfeld reduziert werden. Dies hat sich als wichtiger Baustein in der Bekämpfung der Corona-Pandemie erwiesen. Was aber bedeutet es, wenn Arbeitsplatz und privater Lebensraum auf lange Sicht identisch sind? Der Computer steht auf dem Küchentisch neben dem Essen und das Diensthandy begleitet uns weit bis in den Abend auf der Couch? Das Europäische Parlament hat sich vor diesem Hintergrund für ein „Recht auf Nichterreichbarkeit in der EU“ ausgesprochen. Der Zwang zur ständigen Erreichbarkeit erhöht nach wissenschaftlichen Studien die Gefahr von Depressionen, Angstzuständen und Burnout. Für die Abgeordneten ist das Recht auf Nichterreichbarkeit ein Grundrecht, das es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erlaubt, außerhalb ihrer Arbeitszeit keine arbeitsbezogenen Aufgaben erledigen zu müssen. Das gelte etwa für Telefonate, die Beantwortung von E-Mails und andere Formen der digitalen Kommunikation – und zwar auch an Feiertagen und im Urlaub (siehe im Weiteren unter 1.).

Das ist nur eine von vielen Initiativen auf EU-Ebene, die sich mit der digitalen Revolution und ihren Konsequenzen befasst. Die Verordnung über digitale Dienste soll EU-weit verbindliche Pflichten für alle Angebote vorschreiben, die den Verbrauchern Waren, Dienstleistungen oder Inhalte über das Internet vermitteln. Die Verordnung über digitale Märkte soll die negativen Folgen bestimmter Verhaltensweisen von Plattformen regulieren, die als digitale „Torwächter“ der Internetwirtschaft im Binnenmarkt dienen (zu beiden Initiativen berichteten wird schon in der Januar-Ausgabe). Auf der 1. Plenartagung des Jahres hat das Europäische Parlament auch einen europäischen Rechtsrahmen für die Nutzung künstlicher Intelligenz gefordert. Es wurde unter anderem verlangt, der verstärkte Einsatz von KI-Systemen im öffentlichen Dienst, insbesondere im Gesundheits- und Justizwesen, dürfe nicht den menschlichen Kontakt ersetzen oder zu Diskriminierung führen. Die Kommission hat zudem am 19. Januar 2021 eine breite öffentliche Konsultation zu einer Digitalsteuer gestartet. Damit sollen die Möglichkeiten einer Besteuerung der überwiegend US-amerikanisch dominierten digitalen Wirtschaft ausgelotet werden (siehe 4.).

Das allerwichtigste Thema bleibt aber für die nächste Zukunft, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Corona-Pandemie dauerhaft zu beenden. In Rekordzeit haben verschiedene Hersteller Impfstoffe entwickelt, die sich als wirksam und verträglich erwiesen haben. Diejenigen Pharmakonzerne, die bislang noch keinen eigenen Impfstoff entwickelt haben, steigen in die Produktion der Impfstoffe der erfolgreichen Konkurrenten ein. Bis aber alle Produktionsstätten unter Vollast arbeiten können, muss noch eine Weile der Mangel verwaltet werden. Die Kommission hat im Juni 2020 eine [Impfstoffstrategie](#) zur Beschleunigung der Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen gegen COVID-19 vorgestellt. Ein Impfstoffgipfel unter der Leitung von Kommissionspräsidentin von der Leyen am 31. Januar 2021 sollte helfen, weitere Wege zur Verbesserung der Impfstoffversorgung finden (zu alledem siehe 5.).

Ich hoffe, wir können uns sehr bald außerhalb unserer Home-Offices wieder persönlich begegnen. Bis dahin bleiben Sie bitte gesund.

Herzliche Grüße aus Brüssel, Dr. Lars Friedrichsen

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen	5
Bundesregierung zieht positives Resumée der deutschen Ratspräsidentschaft	5
Portugal stellt das Programm seiner Ratspräsidentschaft vor	5
Europäisches Parlament fordert schärfere EU-Sanktionen gegen Russland	6
Recht auf Nichterreichbarkeit	7
2. Inneres	8
Informelle Innenrat: Weiter keine Einigung beim gemeinsamen Asylsystem	8
Kommission empfiehlt Anpassung der Reisebeschränkungen	8
Ethische Grundsätze für EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz	8
EuGH zur Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen	9
3. Justiz, Verbraucherschutz.....	10
Informeller Rat: Verbesserung des Schutzes schutzbedürftiger Erwachsener in Europa	10
Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen	10
Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Welt.....	10
Ethische Grundsätze für EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz.....	10
4. Finanzen	11
Kommission will den Euro und das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem stärken	11
Europäisches Parlament begrüßt die Einigung zur Wiederaufbaufazilität	11
Kommission gibt neue Leitlinien für die Aufbaupläne der Mitgliedstaaten heraus	12
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Digitalsteuer ein	12
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Aussenwirtschaft.....	13
Europäischer Sozialfonds Plus: Rat und Parlament erzielen eine vorläufige Einigung	13
EU-Wettbewerbswächter wollen höhere Corona-Beihilfen für Unternehmen ermöglichen.....	13
EU genehmigt deutsche Regelung zur Entschädigung von Unternehmen in der Pandemie... ..	13
Förderung für KMU zur besseren Nutzung von geistigen Eigentumsrechten	14
EU investiert 300 Mio. € in auf Raumfahrt spezialisierte Fonds.....	14
Kommission lotet Ideen und Konzepte für das neue Europäische Bauhaus aus	14
Tarifverträge für Selbständige – Anwendung von EU-Wettbewerbsrecht.....	15
Weiterer Corona-Impfstoff: Kommission schließt Sondierungsgespräche mit Valneva ab	15
Neue Leitlinien sollen EU-weite Interoperabilität für Impfnachweise unterstützen	15
Corona-Impfstoff: AstraZeneca erhält Zulassung für COVID-19-Impfstoff.....	15
Kommission: Lieferengpässe bei COVID-19-Impfstoffen.....	16
Kommission führt Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für die Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen ein	16
Kommission: Behandlung von COVID-19-Patienten mit Rekonvaleszentenplasma	16
Fahrplan zur Evaluierung von grenzübergreifenden Patientenrechten.....	16
Kommission: Sicherheitsmaßnahmen für Reisen innerhalb und außerhalb der EU vor	17
EU-China-Investitionsabkommen eröffnet neue Geschäftschancen.....	17
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt.....	18
Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Umwelt	18
Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Landwirtschaft	18
Prioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft im Agrarausschuss diskutiert	18
Vorschläge zu Öko-Regelungen in der GAP vorgelegt	19
Studie zu EU-Handelsabkommen im Agrar- und Ernährungssektor	19
Handelsabkommen und EU-Landwirtschaft	19
Agrarrat vom 25. Januar 2021 GAP, Fischerei & Brexit, Handel	20
Schutz von Wildtieren vor Blei in der Umwelt.....	21
Konsultation zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln	21
Kommission startet Konsultation zur Forststrategie	21
Klimadiplomatie: Rat verabschiedet Schlussfolgerungen	21
Strengere Maßnahmen zur Förderung der Erholung der Fischbestände	22
Kommission genehmigt acht genveränderte Pflanzen	22
Europäischer Klimapakt: Unternehmen verpflichten sich zu mehr Nachhaltigkeit	22
Kommission gegen Täuschung von Verbrauchern bei umweltbezogenen Angaben.....	22

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur.....	23
Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkt Bildung	23
Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkt Forschung	23
Raumfahrt: Prioritäten der EU für 2021	23
Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkte Kultur	23
Kompetenzzentrum zur digitalen Erhaltung des Kulturerbes	24
Neues Europäisches Bauhaus	24
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung.....	25
Wasserstoff: Aufruf zur Interessensbekundung für Teilnahme an IPCEI	25
Europäisches Parlament fordert deutlich schärfere EU-Sanktionen gegen Russland.....	25
Zugang zu angemessenem Wohnraum sollte europäisches Grundrecht sein	25
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Digitalsteuer ein	26
Verkehrsinfrastruktur: Weiterer CEF-Förderaufruf	26
9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport.....	27
Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkt Sozialpolitik	27
Grünbuch zu Folgen der Bevölkerungsalterung	27
10. Medien.....	28
Ethische Grundsätze für EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz	28
11. Ausschuss der Regionen	29
Fachkommissionen diskutieren Gesundheitsvorsorge und digitale Dienste	29
12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	30
Die KPKR Ostsee-Kommission stellt sich neu auf	30
Laufende Konsultationen	31
Termine	34
Ansprechpartner	36

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

Bundesregierung zieht positives Resumée der deutschen Ratspräsidentschaft

Die Bundesregierung hat im Januar 2021 ein positives Resumée der deutschen Ratspräsidentschaft gezogen, die am 31. Dezember 2020 zu Ende gegangen war.

Unter dem Motto „Europa wieder stark machen“ hatte die deutsche Ratspräsidentschaft zahlreiche Themen zu bewältigen. Herausgegriffen seien:

Covid19-Pandemie: Hier sei es gelungen, gemeinsam Maßnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie zu ergreifen, die diesbezügliche Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU systematisch zu verbessern und die Grundlagen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Erholung in Europa zu legen.

Mehrjähriger Finanzrahmen sowie das Aufbauinstrument Next Generation EU: Die Einigung zu beiden Paketen wird als großer Erfolg für ganz Europa gewertet. Mit der Einigung auf einen Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des Haushalts und der finanziellen Interessen der EU sei zudem erreicht worden, dass dieser auch bei Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat geschützt werde. Getragen vom Gesamtkompromiss konnte mit dem Abschluss der Trilog-Verhandlungen zur weit überwiegenden Zahl der Programme und Sektorverordnungen ein weiteres wichtiges Ziel erreicht werden. Insbesondere mit dem temporären Aufbauinstrument sei inhaltlich und konzeptionell eine echte Innovation gelungen. Nun gelte es, die weiteren verbleibenden Schritte zügig umzusetzen, insbesondere die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses, um die dringend benötigten Gelder zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung der EU so schnell wie möglich auszahlen zu können.

Im **Bereich der Sicherheit** konnten die Präsidentschaft insbesondere bei Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und polizeilicher Zusammenarbeit Fortschritte machen, auch mit Blick auf Herausforderungen im Cyberraum. Zu dem von der Kommission **vorgelegten Migrations- und Asylpaket** sind im Rat intensive Diskussionen insbesondere zu solidarischer Verantwortungsteilung, zu Verfahren vor Einreise, zu Sekundärmigration, zur externen Dimension sowie zur legalen Migration geführt worden.

Klima-, Umwelt und Energiepolitik: Weiterhin habe man die Neuausrichtung der europäischen Klima-, Umwelt- und Energiepolitik entlang des Pariser Klimaabkommens und des Europäischen Grünen Deals konsequent vorangetrieben. Mit dem Abschluss der Beratungen im Rat zum europäischen Klimagesetz einschließlich einer Erhöhung des EU-Treibhausgasreduzierungsziels für 2030 auf mindestens 55% unter den Werten von 1990 sei ein zentraler Beitrag zur Umsetzung des Europäischen Grünen Deals geleistet. Mit diesem ambitionierten aktualisierten europäischen Beitrag zum Pariser Abkommen nehme Europa eine globale Vorreiterrolle ein.

Der Brexit – wenngleich auch ein wichtiger Verhandlungsprozess – wurde nicht durch die Ratspräsidentschaft, sondern durch Brexit-Task Force der Kommission verhandelt und taucht daher nicht im Resumée der Ratspräsidentschaft auf.

[Bilanz der Ratspräsidentschaft](#)

Portugal stellt das Programm seiner Ratspräsidentschaft vor

Zum Jahreswechsel hat Portugal von Deutschland turnusgemäß für die kommenden sechs Monate (zum 01.07.2021 folgt Slowenien) die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Präsidentschaft Portugals steht unter dem Motto „Zeit zum Handeln: für einen gerechten, grünen und digitalen Wiederaufbau“ und hat nun ihr Programm für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2021 vorgelegt.

Priorität Nummer 1 wird der Erfolg der Impfung gegen COVID-19 sowie die wirtschaftliche und soziale Erholung Europas sein. Ein Tourismusforum am 15. Mai in Porto soll nach der Corona-Pandemie den Tourismus bei einem Neustart unterstützen. Im Bereich der Außenpolitik gilt es die transatlantischen Beziehungen mit der neuen US-Regierung zu intensivieren sowie den unlängst gefundenen Schulterchluss der EU mit China im Rahmen der politischen Einigung auf ein Investitionsabkommen weiterzuentwickeln. Die Umsetzung des Brexit-Deals inklusive des Handelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich steht auch auf der Agenda.

In der Justiz und Innenpolitik will sich die portugiesische Präsidentschaft auf die Themen Polizeipartnerschaft, Gemeinsames Europäisches Asylsystem, Katastrophenschutz, Europäische

Staatsanwaltschaft, justizielle Zusammenarbeit, Digital Service Act, Schengen, Opferrechte, E-Justiz konzentrieren. Das Thema Katastrophenschutz wird wahrscheinlich eine besondere Priorität haben, insbesondere wenn man die vergangenen, schweren Waldbrände in Portugal bedenkt.

Im [Energiebereich](#) plant die Präsidentschaft die Verwirklichung eines integrierten, vernetzten und digitalisierten Energiebinnenmarktes. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei die Verordnung über die transeuropäische Energienetze und grüner Wasserstoff als Schlüsselfaktor für die Energiewende erfahren. Für April 2021 ist in Lissabon eine Konferenz über grünen Wasserstoff und seine Rolle bei der Energiewende geplant.

Im Bereich [Umwelt](#) wird die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft an der Umsetzung des zweiten EU-Aktionsplans für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft arbeiten. Zudem will sich die portugiesische Ratspräsidentschaft verstärkt auf die Erhaltung und Wiederherstellung der Biodiversität bis 2030 fokussieren. Dazu gehört u.a. die Vorbereitung für die COP15 in Kunming (China) im 2. Quartal 2021. Ein besonderes Augenmerk soll auf einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung liegen. Ferner will man die innerhalb der „Vom-Hof-auf-den-Tisch“-Strategie angestrebte Reduzierung von Pestiziden bis 2030 um die Hälfte forcieren. Ein weiterer Schwerpunkt soll eine verbesserte Umsetzung der EU-Wassergesetzgebung im Sinne eines integrierten Ansatzes für ein grenzüberschreitendes Wassermanagement sein.

Im Bereich [Landwirtschaft](#) soll ein Schwerpunkt der aktuellen portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Erzielung einer endgültigen Einigung der Mitgesetzgeber im Juni diesen Jahres sein. Als weiteren Schwerpunkt hat die Ratspräsidentschaft die Überwachung der Umsetzung von Initiativen aus dem Europäischen Green Deal in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzenschutz auf die Agenda gesetzt.

[Programm der Ratspräsidentschaft](#)

[Webseite der Ratspräsidentschaft](#)

Europäisches Parlament fordert schärfere EU-Sanktionen gegen Russland

In einer Onlineplenarsitzung hat das Europäische Parlament am 21. Januar 2021 gefordert,

- Sanktionen für russische Beamte auszusprechen, die an der Entscheidung zur Inhaftierung Nawalnys beteiligt waren, sowie für Mitglieder des inneren Zirkels um Präsident Putin;
- russische Staatsangehörige, deren Reichtum unklarer Herkunft ist, nicht mehr in der EU willkommen zu heißen;
- Arbeiten zur Fertigstellung der Nord-Stream-2-Pipeline sofort zu stoppen.

Nach der vor kurzem erfolgten Inhaftierung von Alexei Nawalny fordern die Abgeordneten die EU-Länder auf, die Sanktionen gegen Russland deutlich zu verschärfen.

In einer Entschließung, die mit 581 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen und 44 Enthaltungen angenommen wurde, fordert das Parlament die EU-Mitgliedsstaaten auf, auf ihren nächsten Tagungen konkret Stellung zur Verhaftung von Alexei Nawalny und vielen seiner Anhänger zu nehmen und „die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland deutlich zu verschärfen“. Dazu gehöre auch die Sanktionierung der "natürlichen und juristischen Personen", die an der Entscheidung, Alexei Nawalny festzunehmen und inhaftieren zu lassen, beteiligt waren, heißt es.

Sanktionen sollten auch gegen russische Oligarchen mit Verbindungen zum Regime, Mitglieder des inneren Zirkels um Präsident Putin und in den Medien tätige Propagandisten verhängt werden, die Vermögenswerte in der EU besitzen und frei in deren Mitgliedstaaten einreisen dürfen. Zusätzliche restriktive Maßnahmen sollten auch im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte ergriffen werden.

Die Abgeordneten fordern die EU auf, die Fertigstellung der umstrittenen Pipeline zu verhindern. Die Abgeordneten betonen auch, dass die Europäische Union russische Staatsangehörige, deren Reichtum unklarer Herkunft ist, nicht länger willkommen heißen sollte.

Mit Blick auf den Regierungswechsel in Washington betonen die Abgeordneten, dass die EU diesen Impetus nutzen sollte, um das transatlantische Einvernehmen hinsichtlich des Schutzes von Demokratie und grundlegenden Werten gegenüber autoritären Regimen zu vertiefen.

Die Entschließung fordert schließlich die sofortige und bedingungslose Freilassung von Alexei Nawalny und aller anderen Personen, die im Zusammenhang mit seiner Rückkehr nach Russland festgenommen

wurden, ganz gleich, ob es sich bei ihnen um Journalisten, mit ihm zusammenarbeitende Personen oder ihn unterstützende Bürger handelt.

[Pressemitteilung](#)

Recht auf Nichterreichbarkeit

Das Europäische Parlament fordert am 21. Januar 2021 auf Unionsebene ein Recht darauf, nicht rund um die Uhr erreichbar sein zu müssen. Arbeitnehmer sollen vor negativen Folgen geschützt werden. Damit Telearbeiter das Recht haben, außerhalb ihrer Arbeitszeit nicht erreichbar zu sein, solle die Kommission eine entsprechende Richtlinie vorschlagen. Das fordert das Parlament in seiner Gesetzgebungsinitiative, die mit 472 zu 126 Stimmen bei 83 Enthaltungen angenommen wurde. Darüber hinaus will es Mindestanforderungen für die Telearbeit festlegen und mit Blick auf Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Ruhezeiten Klarheit schaffen. Dass in der Arbeitswelt immer häufiger digitale Hilfsmittel genutzt werden, habe einen Zwang zur ständigen Erreichbarkeit hervorgebracht. Darunter leide die Ausgewogenheit zwischen Berufs- und Privatleben, so die Abgeordneten. Das Arbeiten von zuhause aus trage in der Coronakrise zwar wesentlich dazu bei, Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten. Doch lange Arbeitstage und höhere Erwartungen schadeten der körperlichen und geistigen Gesundheit. Zu beobachten sei etwa, dass Angstzustände, Depressionen und Burnout-Erkrankungen häufiger werden. Für die Abgeordneten ist das Recht auf Nichterreichbarkeit ein Grundrecht, das es Arbeitnehmern erlaubt, außerhalb ihrer Arbeitszeit keine arbeitsbezogenen Aufgaben erledigen zu müssen. Das gelte etwa für Telefonate, die Beantwortung von E-Mails und andere Formen der digitalen Kommunikation – und zwar auch an Feiertagen und im Urlaub. Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer dieses Recht tatsächlich in Anspruch nehmen können. Das sollte zum Beispiel von den Sozialpartnern in Tarifverträgen vereinbart werden. Dabei müsse sichergestellt werden, dass die Arbeitgeber ihre Mitarbeiter in keiner Weise benachteiligen: Sie dürften nicht schlechter behandelt, angeprangert oder gar entlassen werden.

Hintergrundinformationen

Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie hat dazu geführt, dass nun fast 30 % mehr Bürger von zuhause aus arbeiten. Der Anteil der Telearbeiter dürfte auch in Zukunft hoch bleiben oder sogar noch steigen. Zu beachten ist, dass in der EU eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden gilt. Untersuchungen von Eurofound, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, haben jedoch ergeben: Wer nicht in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers, sondern regelmäßig von zuhause aus arbeitet, überschreitet diesen Grenzwert mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit. Darüber hinaus geben 30 % der Telearbeiter an, mehrmals pro Woche oder sogar täglich auch in ihrer Freizeit zu arbeiten. Bei Arbeitnehmern, die im Büro arbeiten, liegt dieser Wert hingegen bei weniger als 5 %.

[Pressemitteilung](#)

Informelle Innenrat: Weiter keine Einigung beim gemeinsamen Asylsystem

Am 28. Januar 2021 fand der informelle Rat für Inneres als Videokonferenz unter portugiesischem Vorsitz statt. Die Ministerinnen und Minister diskutierten die europäische Migrations- und Asylpolitik, der Schengenraum und die Zukunft von Euro-pol. Bei der Migrations- und Asylpolitik liegen die Mitgliedstaaten noch weit auseinander. Die gemeinsame Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten, u.a. auch bei Seenotfällen, wird von den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich bewertet. Im Bereich der legalen Migration soll die Zusammenarbeit mit Drittstaaten gestärkt werden. Europol soll noch stärker an den operationellen Bedürfnissen der nationalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden ausgerichtet werden. Ein wichtiges Thema dabei betrifft die Digitalisierung.

[Pressemitteilung](#)

Kommission empfiehlt Anpassung der Reisebeschränkungen

Am 25. Januar 2021 hat die Kommission in den Aktualisierungen der Empfehlung des Rates vorgeschlagen, die bestehenden Einreisebeschränkungen für internationale Reisende in die EU zu verschärfen. Angesichts der neuen Coronavirus-Varianten und der hohen Zahl von Neuinfektionen in vielen Mitgliedstaaten soll das Funktionieren des Binnenmarktes gewährleistet und Lieferketten nicht unterbrochen werden, auch wenn von nicht notwendigen Reisen abgeraten wird. Grenzsicherungen in der EU sollten aber verhindert werden. Ausnahmen von den strengeren Test- und Quarantänevorschriften für Bewohner aus Risikogebieten empfiehlt die Kommission für Grenzgänger und Transportarbeiter. Wenn die epidemiologische Situation auf beiden Seiten der Grenze ähnlich ist, sollte keine Testpflicht auferlegt werden. Eine neue Farbkennzeichnung „dunkelrot“ soll für Gebiete gelten, in denen die 14-Tage-Melderate bei mehr als 500 pro 100.000 Einwohner liegt. Derzeit bestehen die Farbkennungen Grün, Orange, Rot und Grau. Für Personen, die aus einem „dunkelroten“ Gebiet einreisen, sollten die Mitgliedstaaten von den Reisenden verlangen, dass sie sich vor ihrer Ankunft einem Test zu unterziehen und in Quarantäne gehen. Teil der zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen bei Reisen von außerhalb der EU sollen nach dem Vorschlag der Kommission verpflichtende Tests vor Abreise und Quarantänemaßnahmen sein. Bei Reisen aus Ländern, in denen eine Virusvariante nachgewiesen wurde, sollten die Mitgliedstaaten systematisch Sicherheitsmaßnahmen wie Selbstisolierung, Quarantäne und Kontaktverfolgung für einen Zeitraum von bis zu 14 Tagen anordnen.

[Pressemitteilung](#)

Ethische Grundsätze für EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz

Am 21. Januar 2021 hat das Europäische Parlament mit 364 Stimmen bei 274 Gegenstimmen und 52 Enthaltungen einen Initiativbericht zu einem EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) mit Begriffsbestimmungen und ethischen Grundsätzen, anwendbar auch auf die militärische Nutzung, verabschiedet. Der Bericht fordert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, sicherzustellen, dass KI und verwandte Technologien menschenzentriert sind (d.h. im Dienste der Menschheit und des Gemeinwohls stehen). Die Entscheidung, ein Ziel auszuwählen und eine tödliche Maßnahme mit einem autonomen Waffensystem zu ergreifen, muss immer von einem Menschen getroffen werden, der eine angemessene Kontrolle und Aufsicht ausübt und das erforderliche Maß an Urteilsvermögen im Einklang mit den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Notwendigkeit zeigt. Eine autonome Entscheidung des Systems sollte nicht möglich sein. Die Abgeordneten warnen auch vor Gefahren für die grundlegenden Menschenrechte und die staatliche Souveränität durch den Einsatz von KI-Technologien bei der zivilen und militärischen Massenüberwachung. Der Text fordert die EU auf, eine führende Rolle bei der Schaffung und Förderung eines globalen Rahmens zur Regelung des militärischen Einsatzes von KI an der Seite der UNO und der internationalen Gemeinschaft zu übernehmen. Der verstärkte Einsatz von KI-Systemen im öffentlichen Dienst, insbesondere im Gesundheits- und Justizwesen, dürfe nicht den menschlichen Kontakt ersetzen oder zu Diskriminierung führen. So müssten persönliche Daten der Patienten geschützt, der Grundsatz der Gleichbehandlung gewahrt und endgültige Gerichtsentscheidungen von Menschen getroffen werden bzw. streng von einer Person überprüft werden. Der Bericht äußert auch Bedenken gegen „Deepfake-Technologien“, weil mit derartigen Praktiken „potenziell Länder destabilisiert, Desinformationen verbreitet und Wahlen beeinflusst werden können“.

[Pressemitteilung](#)

EuGH zur Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 14. Januar 2021 in der [Rechtssache](#) C-441/19 entschieden, dass vor Erlass einer Rückkehrentscheidung gegenüber einem unbegleiteten Minderjährigen ein Mitgliedstaat prüfen muss, ob für den Minderjährigen im Rückführungsstaat eine geeignete Aufnahmemöglichkeit vorhanden sei. Bei der Vollstreckung müsse diese weiterhin gewährleistet sein. Der Gerichtshof stellt fest, dass in allen Stadien des Verfahrens zwingend das Wohl des Kindes zu berücksichtigen sei. Ein Minderjähriger ohne Aufnahmemöglichkeit würde in eine Situation großer Unsicherheit hinsichtlich seiner Rechtsstellung und seiner Zukunft versetzt werden, insbesondere in Bezug auf seine Schulausbildung und seine Verbindung zu einer Pflegefamilie. Eine geeignete Aufnahmeeinrichtung sei ein Mitglied seiner Familie oder ein offizieller Vormund im Rückkehrstaat. Wenn eine nach diesen Maßstäben getroffene Rückkehrentscheidung erlassen wurde, müsse sie auch vollstreckt werden. Ein Abwarten bis zur Volljährigkeit sei dann nicht im Einklang mit der Richtlinie 2008/115/EG.

[Pressemitteilung](#)

Informeller Rat: Verbesserung des Schutzes schutzbedürftiger Erwachsener in Europa

Am 29. Januar 2021 fand die Informelle Videokonferenz der EU-Justizministerinnen und -minister statt. Auf dem Rat ist der Schutz schutzbedürftiger Erwachsener in Europa, insbesondere in grenzüberschreitenden Konstellationen, diskutiert worden. Als schutzbedürftige Erwachsene werden in der Regel Menschen angesehen, die aufgrund einer Behinderung oder einer Unzulänglichkeit ihrer persönlichen Fähigkeiten nicht in der Lage sind oder eine verminderte Fähigkeit haben, ihre Interessen zu schützen. Gerade in grenzüberschreitenden Fällen steht diese Personengruppe vor besonderen Herausforderungen, welche sich auf Fragen des Zivilrechtes und auch des Strafrechtes erstrecken. Dabei treten Probleme u.a. in Bezug auf Sprache, Vertretung oder Zugang zum Justizsystem auf.

Ein weiteres Thema war die Produktpiraterie. Die mit ihr einhergehende Verletzung von geistigen Eigentumsrechten hat nicht nur erhebliche wirtschaftliche Schäden zur Folge, sondern stellt zugleich eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit dar. Mit Blick auf die derzeitige Pandemielage kommt Arzneimittelfälschungen eine besondere Relevanz zu. Weiterhin will sich die portugiesische Ratspräsidentschaft dem Thema Digitalisierung der Justizsysteme besonders widmen.

[Pressemitteilung](#)

Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen

Die Kommission hat am 27. Januar 2021 wegen des polnischen Justizgesetzes vom 20. Dezember 2019 den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet. Die Kommission hat Polen eine ergänzende mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Nach Auffassung der Kommission verstößt Polen gegen EU-Recht. Das Land lässt zu, dass die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts – deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit aus Sicht der Kommission nicht gewährleistet ist – weitere Entscheidungen trifft, die unmittelbare Auswirkungen auf die Richter und die Art und Weise haben, wie sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Hierzu gehören unter anderem die Aufhebung der Immunität von Richtern im Hinblick auf ihre strafrechtliche Verfolgung und die damit verbundene vorübergehende Suspendierung vom Dienst und Kürzung der Bezüge. Die Disziplinarkammer entscheidet auch über Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht, der sozialen Sicherheit und der Versetzung von Richtern am Obersten Gericht in den Ruhestand. Polen hat einen Monat Zeit, auf diese ergänzende mit Gründen versehene Stellungnahme zu antworten. Danach kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

[Pressemitteilung](#)

Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Welt

Am 20. Januar 2021 hat das Europäische Parlament den Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Welt verabschiedet. Die Abgeordneten heben hervor, dass mehrere autoritäre Regime die Pandemie genutzt haben, um verschärfte Maßnahmen zu rechtfertigen, die darauf abzielen, demokratische Grundsätze und Grundfreiheiten zu schwächen, Menschenrechte ernsthaft zu untergraben, abweichende Meinungen zu unterdrücken und den Raum für die Zivilgesellschaft einzuschränken. Der Bericht fordert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, die Stärkung demokratischer Institutionen, transparente und glaubwürdige Wahlprozesse weltweit weiter zu unterstützen, Straflosigkeit zu bekämpfen, die Arbeitsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu gewährleisten und Ungleichheiten zu bekämpfen. Die Mitgliedsstaaten sollen eine klare Strategie entwickeln, um dem zunehmenden Rückzug von Staaten aus dem internationalen Menschenrechtsrahmen und dem Widerstand gegen diesen Rahmen entgegenzuwirken. Die Abgeordneten drängen schließlich darauf, dass der neue globale EU-Mechanismus für die Verhängung von Sanktionen bei Verstößen gegen die Menschenrechte als wesentlicher Bestandteil des bestehenden Instrumentariums der EU für Menschenrechte und Außenpolitik dringend umgesetzt wird. Der Text wurde mit 459 Stimmen zu 62 bei 163 Enthaltungen angenommen.

[Pressemitteilung](#)

Ethische Grundsätze für EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz

Siehe unter [2. Inneres](#)

Kommission will den Euro und das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem stärken

Die Kommission hat am 19. Januar 2021 eine neue [Strategie](#) vorgestellt, mit der die Offenheit, Stärke und Resilienz des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU und die internationale Rolle des Euro in den kommenden Jahren gefördert werden sollen. Damit will die Kommission bessere Voraussetzungen dafür schaffen, dass Europa eine führende Rolle in der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung einnimmt, und gleichzeitig die EU vor unfairen und missbräuchlichen Praktiken schützen. Dies geht mit der Zusage der EU einher, sich für eine widerstandsfähigere und offenere Weltwirtschaft, gut funktionierende internationale Finanzmärkte und das regelbasierte multilaterale System einzusetzen.

Der vorgeschlagene Ansatz beruht auf drei Säulen:

Stärkung der internationalen Rolle des Euro durch einen Dialog mit Partnern in Drittländern, um die Verwendung des Euro zu fördern, indem die Entwicklung von auf Euro lautenden Instrumenten und Benchmarks sowie der Status des Euro als internationale Referenzwährung im Energie- und im Rohstoffsektor – auch mit Blick auf neue Energieträger wie Wasserstoff – vorangebracht werden. Dazu gehört beispielweise auch die Emission hochwertiger auf Euro lautender Anleihen im Rahmen von NextGenerationEU, die den Euro dadurch für Investoren attraktiver machen soll. Die Kommission wird 30 Prozent aller Anleihen, die im Rahmen von NextGenerationEU emittiert werden, in Form grüner Anleihen begeben. Darüber hinaus wird die Kommission auch weiterhin die Arbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) an der möglichen Einführung eines digitalen Euro unterstützen, der das Bargeld ergänzen soll.

Weiterentwicklung der Finanzmarktinfrastrukturen der EU, auch im Hinblick auf die extraterritoriale Anwendung von Sanktionen durch Drittländer. Die Kommission wird in Kooperation mit der EZB und den Europäischen Aufsichtsbehörden (ESA) mit Finanzmarktinfrastukturanernehmen zusammenarbeiten, um vor dem Hintergrund einer unrechtmäßigen extraterritorialen Anwendung einseitiger Maßnahmen durch Drittländer Schwachstellen eingehend zu analysieren und Maßnahmen zu ergreifen, um solche Schwachstellen zu beseitigen.

Einheitliche Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen der EU: In diesem Jahr wird die Kommission eine Datenbank – das Register für den Informationsaustausch zu Sanktionen – entwickeln, um eine wirksame Meldung und einen wirksamen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission über die Umsetzung und Durchsetzung von Sanktionen zu gewährleisten. Sie wird zudem sicherstellen, dass EU-Mittel, die Drittländern und internationalen Organisationen bereitgestellt werden, nicht unter Verstoß gegen EU-Sanktionen verwendet werden. Angesichts der Bedeutung, die der Überwachung der harmonisierten Durchsetzung von EU-Sanktionen zukommt, wird die Kommission ein spezielles System einrichten, das die anonyme Meldung von Fällen, in denen Sanktionen umgangen werden, ermöglicht, darunter auch die Meldung von Missständen („Whistleblowing“).

[Mitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung vom Dezember 2018 „Hin zu einer stärkeren internationalen Rolle des Euro“](#)

[Link: Verlinkung zu weiteren Informationen](#)

Europäisches Parlament begrüßt die Einigung zur Wiederaufbaufazilität

Das Europäische Parlament hat im Januar 2021 die im Dezember zwischen Rat und Parlament gefundene Einigung zur Wiederaufbaufazilität (Recovery and Resilience Facility RRF) begrüßt. Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments hat gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Währungsausschuss bereits am Montag, den 11. Januar, der Wiederaufbaufazilität zugestimmt. Eine Plenarabstimmung steht noch aus und soll während der Plenarsitzung am 9. Februar erfolgen.

Die Wiederaufbaufazilität in Höhe von 672,5 Milliarden € soll zu insgesamt 37% in Klima investiert werden. Mindestens 20 % der in jedem nationalen Plan vorgesehenen Ausgaben für Investitionen und Reformen sollten dem digitalen Wandel zugutekommen. Die weiteren Prioritäten sind: Soziales, wirtschaftliche Kohäsion, Jugend sowie Widerstandsfähigkeit und Krisenvorsorge.

Deutschland bekommt insgesamt 23 Mrd. € (in Preise von 2018, 25 Mrd. € in Preisen von 2020) aus der Wiederaufbaufazilität, davon 15 Mrd. in den ersten zwei Jahren (2021-2022). Die Bundesregierung plant, die Mittel komplett zur Kofinanzierung der nationalen Corona-Rettungsprogramme einzusetzen. Eine Beteiligung oder gar Ausschüttung von Mitteln an die Bundesländer ist nicht geplant.

Die Länder können bereits ab Anfang Januar bis zum 30. April ihre Pläne bei der Kommission einreichen. Bevor tatsächlich Mittel fließen können, müssen alle Mitgliedsstaaten noch die Erhöhung des Eigenmittelbeschlusses ratifizieren. Diese Ratifizierungen werden bis zum März / April 2021 erwartet.

[Pressemitteilung Kommission](#)
[Deutscher Aufbau- und Resilienzplan](#)

Kommission gibt neue Leitlinien für die Aufbaupläne der Mitgliedstaaten heraus

Nach der im Dezember erzielten politischen Einigung über die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) hat die Kommission am 25. Januar 2021 den Mitgliedstaaten aktualisierte Leitlinien und Vorlagen für ihre Aufbaupläne vorgelegt. Mit dem Aufbauprogramm „Next Generation EU“ werden 672,5 Mrd. Euro an Darlehen und Zuschüssen bereitgestellt, um Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen und den grünen und digitalen Wandel nach der Pandemie zu beschleunigen. Die Mitgliedstaaten müssen dafür Aufbaupläne vorlegen, in denen sie ihre nationalen Reform- und Investitionspläne darlegen.

Die Kernprinzipien des Kommissionsvorschlags wurden in den Verhandlungen zwischen Parlament und Rat beibehalten, allerdings brachte die politische Einigung einige Änderungen am Text der Verordnung. Um die Mitgliedstaaten bei der Anpassung ihrer Entwürfe für die Aufbaupläne zu unterstützen, wurden die ursprünglich im September vorgelegten Leitlinien heute aktualisiert.

Diese aktualisierte Anleitung spiegelt die Tatsache wider, dass der Anwendungsbereich der Aufbau- und Resilienzfazilität um sechs Säulen herum strukturiert ist: grüner Übergang, digitale Transformation, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und Beschäftigung, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Gesundheit und Resilienz sowie Maßnahmen für die nächste Generation, Kinder und Jugendliche, einschließlich Bildung und Kompetenzen. Die Mitgliedstaaten sollten erläutern, wie die Pläne zur Gleichstellung und zu den Grundsätzen der Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen. Sie sollten auch eine Zusammenfassung des Konsultationsprozesses auf nationaler Ebene sowie des Kontroll- und Prüfsystems enthalten, das eingerichtet wurde, um den Schutz der finanziellen Interessen der Union zu gewährleisten.

Die Mitgliedstaaten sollten nachweisen, dass ihre vorgeschlagenen Pläne mit mindestens 37 Prozent der Gesamtmittelausstattung des Plans zum Klimaziel und mit 20 Prozent zum digitalen Wandel beitragen. Die Kommission steht weiterhin in einem intensiven Dialog mit den Mitgliedstaaten über die Ausarbeitung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne. Zusammen mit den aktualisierten Leitlinien hat die Kommission auch eine Standardvorlage für die Pläne der Mitgliedstaaten veröffentlicht.

[Leitlinien und Vorlagen für die Aufbau- und Resilienzpläne](#)

Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Digitalsteuer ein

Siehe [Kapitel 8](#)

Europäischer Sozialfonds Plus: Rat und Parlament erzielen eine vorläufige Einigung

Die portugiesische Ratspräsidentschaft und die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben eine politische Einigung über den Verordnungsentwurf zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF +) erzielt, der Teil des EU-Haushalts 2021-2027 ist.

Mit einem finanziellen Gesamtvolumen von fast 88 Mrd. EUR (zu Preisen von 2018) wird ESF + Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Ausbildung sowie in die soziale Eingliederung, den Zugang zur Gesundheitsversorgung und Maßnahmen zur Beseitigung der Armut in der EU unterstützen.

Mit dem Verordnungsentwurf werden mehrere Instrumente zusammengeführt, darunter der Fonds für die am stärksten benachteiligten Personen und das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dies soll den EU-Mitgliedstaaten mehr Flexibilität und Kohärenz zwischen den Programmen geben und den bürokratischen Aufwand verringern.

Außerdem wird der ESF + an das Europäische Semester angepasst, da die vom Fonds finanzierten Projekte die in den jährlichen länderspezifischen Empfehlungen genannten Herausforderungen angehen sollten.

Die politische Einigung wird den Botschaftern der Mitgliedstaaten bei der EU und im Plenum des Europäischen Parlaments zur Genehmigung vorgelegt.

[Pressemitteilung](#)

EU-Wettbewerbshüter wollen höhere Corona-Beihilfen für Unternehmen ermöglichen

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten am 21. Januar 2020 im Rahmen einer Konsultation vorgeschlagen, den [Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen](#) zur Stützung der Wirtschaft bis Ende 2021 zu verlängern und auszuweiten.

Die Bestimmungen des Befristeten Rahmens sollen bis zum 31. Dezember 2021 verlängert werden. Ziel ist es, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, Unternehmen in der anhaltenden Krise zu unterstützen, und gleichzeitig den fairen Wettbewerb zu schützen.

Da die Krise sich hinzieht, sollen die Obergrenzen für begrenzte Beihilfebeträge, die auf der Grundlage des Befristeten Rahmens gewährt werden können (derzeit bis zu 120 000 Euro je Unternehmen im Fischerei- und Aquakultursektor, 100.000 € je Unternehmen in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse bzw. 800.000 € je Unternehmen aus einem anderen Sektor), und für Maßnahmen, die zu den nicht durch die Einnahmen gedeckten Fixkosten von Unternehmen beitragen (derzeit bis zu 3 Mio. Euro je Unternehmen), angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheit und der Bedürfnisse der von der Krise betroffenen Unternehmen angehoben werden.

Die Mitgliedstaaten sollen ferner gewährte rückzahlbare Finanzierungsinstrumente (einschließlich Darlehen) in Höhe von bis zu 800.000 € je Unternehmen (120.000 € je Unternehmen im Fischerei- und Aquakultursektor bzw. 100.000 € je Unternehmen in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse) auch zu einem späteren Zeitpunkt in direkte Zuschüsse umwandeln können. Damit sollen Anreize für die Mitgliedstaaten geschaffen werden, in erster Linie Beihilfen in Form rückzahlbarer Instrumente zu wählen.

Die Mitgliedstaaten haben nun Gelegenheit, zu dem Vorschlagsentwurf der Kommission Stellung zu nehmen.

[Pressemitteilung](#)

EU genehmigt deutsche Regelung zur Entschädigung von Unternehmen in der Pandemie

Die Kommission hat festgestellt, dass eine 12 Mrd. Euro schwere deutsche Rahmenregelung zur Entschädigung von Unternehmen für die Einbußen, die sie infolge der Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie erlitten haben, mit dem EU-Beihilferecht im Einklang steht. Die Regelung ergänzt die bereits genehmigten Unterstützungsregelungen des Novemberhilfepakets, mit denen bis zu 4 Mio. Euro pro Unternehmen bereitgestellt werden können.

Auf der Grundlage der Regelung haben Unternehmen aus allen Wirtschaftszweigen Anspruch auf Entschädigung für Einbußen, die sie während der von der Bundesregierung im März/April und November/Dezember 2020 zur Eindämmung der Pandemie verhängten Beschränkungen erlitten haben. Die Entschädigung erfolgt in Form direkter Zuschüsse für bis zu 100 Prozent der in diesen Zeiträumen entstandenen Einbußen oder 75 Prozent des Umsatzes in den Vergleichsmonaten November und Dezember 2019, je nachdem welcher Betrag niedriger ist.

Die Kommission hat die Maßnahme auf der Grundlage des [Artikels 107 Absatz 2 Buchstabe b](#) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geprüft. Danach kann die Kommission Beihilfen für bestimmte Unternehmen bzw. Beihilferegelungen für Wirtschaftszweige genehmigen, denen aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse Schäden entstanden sind.

Die COVID-19-Pandemie stellt nach Auffassung der Kommission ein solches außergewöhnliches Ereignis dar, da diese beispiellose Situation nicht vorhersehbar war und erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Folglich sind Sondermaßnahmen der Mitgliedstaaten zum Ausgleich von direkt auf die Pandemie zurückzuführenden Schäden gerechtfertigt.

[Pressemitteilung](#)

Förderung für KMU zur besseren Nutzung von geistigen Eigentumsrechten

Am 11. Januar 2021 hat der „Ideas Powered for Business SME Fund“ das erste von fünf Antragsfenstern im Jahr 2021 gestartet, mit denen kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) dabei unterstützt werden sollen, ihre Rechte am geistigen Eigentum (intellectual property = IP) besser zu nutzen. Das 20-Millionen-Euro-Förderprogramm richtet sich an KMU, die IP-Strategien entwickeln und IP-Rechte auf nationaler, regionaler oder EU-Ebene schützen möchten. Mit einer Vorabdiagnose von Rechten des geistigen Eigentums (IP Scan) und/oder Hilfe zur Marken- oder Geschmacksmusteranmeldung sollen Innovationen geschützt und Ideen auf den Markt gebracht werden. Die Förderung kann bis zu 1.500 EUR pro KMU betragen. Weitere Antragsfenster werden vom 1.-31. März. , 1.-31.Mai , 1.-31.Juli und 1.-30.September. geöffnet sein.

[Weitere Informationen und Antragstellung](#)

EU investiert 300 Mio. € in auf Raumfahrt spezialisierte Fonds

Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) investieren 300 Mio. EUR in die auf Raumfahrttechnologie spezialisierten Fonds „Orbital Ventures“ und „Primo Space“, wie die Kommission am 13. Januar 2021 bekanntgab. Im Rahmen des EU-Programms InnovFin Space Equity Pilot“ sollen damit besonders Innovationen europäischer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) im Bereich der Raumfahrttechnologien unterstützt werden. Nach den Angaben der Kommission handelt es sich bei Orbital Ventures um einen ein paneuropäischen Fonds für Finanzierungen in der Frühphase, der sich auf Raumfahrttechnologien einschließlich nachgelagerter Bereiche (Kommunikation, Kryptographie, Datenspeicherung und -verarbeitung, Geolokalisierung, Erdbeobachtung) und vorgelagerter Bereiche (Raumfahrt-Hardware, Materialien, Elektronik, Robotik, Raketen, Satelliten) konzentriert. Bei Primo Space, einem italienischen Investor für Technologietransfer in der Frühphase, handele es sich um einen der ersten Technologietransfer-Fonds, der sich ausschließlich auf Raumfahrttechnologien in Europa konzentrierte. Hier war der EIF bereits investiert und erhöhe nun seine Unterstützung. Der Fonds investiere in Proof-of-Concept-, Seed- und Early-Stage-Projekte oder Unternehmen. Er soll die Kommerzialisierung bahnbrechender Innovationen in der europäischen Raumfahrtindustrie fördern.

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
[Informationen zum InnovFin Space Equity Pilot](#)

Kommission lotet Ideen und Konzepte für das neue Europäische Bauhaus aus

Die Kommission hat am 18. Januar 2021 die Gestaltungsphase der Initiative „Ein neues Europäisches Bauhaus“ eingeleitet.

Siehe dazu unter [7. Kultur](#)

Tarifverträge für Selbständige – Anwendung von EU-Wettbewerbsrecht

Die Kommission veröffentlichte am 6. Januar 2021 einen Fahrplan für den für das zweite Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine Verordnung über „Tarifverträge für Selbständige – Geltungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln.“ Diese Initiative zielt darauf ab, den Anwendungsbereich des EU-Wettbewerbsrechts zu definieren, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge zu ermöglichen – nicht nur für Arbeitnehmer, sondern unter bestimmten Umständen auch für Selbstständige. Bis zum 3. Februar kann Feedback zu einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase gegeben werden. Für das zweite Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation geplant.

[Pressemitteilung](#)

Weiterer Corona-Impfstoff: Kommission schließt Sondierungsgespräche mit Valneva ab

Die Kommission hat am 12. Januar 2021 Sondierungsgespräche mit dem Pharmaunternehmen Valneva über den Ankauf seines potenziellen Corona-Impfstoffs abgeschlossen. Der geplante Vertrag mit Valneva würde allen EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, in einem ersten Schritt zusammen 30 Millionen Dosen zu erwerben, mit der Option auf weitere 30 Millionen. Diese kämen zu den bis zu 2,3 Mrd. Impfstoff-Dosen hinzu, die die Kommission in Vereinbarungen mit sechs Impfstoffentwicklern bereits gesichert hat. Sandra Gallina, Generaldirektorin für Gesundheit bei der Europäischen Kommission, debattierte heute mit dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments über die Impfstoffstrategie der EU. Sie unterstrich, dass die EU-Kommission in Abstimmung mit den EU-Staaten die höchstmögliche Menge an Impfstoffdosen für die Menschen in Europa gesichert habe.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210112-impfstoff-valneva_de

Neue Leitlinien sollen EU-weite Interoperabilität für Impfnachweise unterstützen

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 28. Januar 2021 gemeinsame Leitlinien zum Nachweis von Impfungen für medizinische Zwecke angenommen. Der Inhalt der in der EU erstellten Impfnachweise soll demnach einheitlich sein und einen Mindestdatensatz enthalten. Ziel ist ein System, das sowohl Papier als auch digitale Lösungen umfasst, kompatibel mit bestehenden Systemen ist und Datenschutz gewährleistet. Für heimische Firmen hat das Thema Impfung insgesamt hohe Priorität.

[Leitlinien](#)

Corona-Impfstoff: AstraZeneca erhält Zulassung für COVID-19-Impfstoff

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 12. Januar 2021 den Antrag auf die EU-weite bedingte Marktzulassung für den COVID-19-Impfstoff von AstraZeneca und der Universität Oxford erhalten. Sie hat innerhalb eines beschleunigten Zeitrahmens den Impfstoff bewertet und eine positive Stellungnahme zur Zulassung am 29. Januar 2021 abgegeben.

Damit ist der Weg frei für den dritten Impfstoff gegen Covid-19 in der EU.

In Großbritannien wird das Präparat, das AstraZeneca, ein britisch-schwedischer Konzern, gemeinsam mit der Universität Oxford entwickelt hat, bereits seit Anfang Januar 2021 großflächig eingesetzt. In der EU sind bisher nur die Impfstoffe der Hersteller Pfizer/Biontech sowie Moderna zugelassen. Der Impfstoff von AstraZeneca gilt als besonders preiswert und handlich für Massen-Impfungen, da eine Kühlung in einem herkömmlichem Kühlschrank ausreicht.

Trotz zuvor von anderen Experten geäußerten Bedenken empfehlen die EMA-Experten die Zulassung für Menschen aller Altersstufen ab 18 Jahren. Auch wenn nur es nur vergleichsweise wenige Testpersonen über 55 Jahre gegeben habe, sei dies zu vertreten. Die EMA begründet diese Entscheidung mit den guten Test-Resultaten bei den übrigen Altersgruppen sowie Erfahrungswerten mit anderen Impfstoffen.

[Pressemitteilung \(Antrag auf Zulassung\)](#)

[Pressemitteilung EMA](#)

Kommission: Lieferengpässe bei COVID-19-Impfstoffen

Die Kommission drängt auf die schnellstmögliche Lieferung bestellter und vorfinanzierter Impfdosen gegen COVID-19. Der Aufbau von Forschungskapazitäten und Produktionsanlagen wurde früh finanziell unterstützt. Wenn die Impfstoffe zugelassen sind, müssen nun auch die vereinbarten Impfstoffmengen geliefert werden.

Insbesondere mit dem Unternehmen AstraZeneca gab es dazu mit der Kommission Irritationen.

Inzwischen wurde einvernehmlich der Kauf-/Liefervertrag veröffentlicht und es wird weiter nach einer Lösung der Lieferschwierigkeiten gesucht. In einem Gespräch der Kommissionspräsidentin mit den Leitern der Firmen, die zugelassene Impfstoffe produzieren, wurde sich am 31. Januar 2021 zunächst darauf verständigt, dass die Unternehmen mehr Impfstoff als zunächst infolge Lieferschwierigkeiten angekündigt, liefern. Diese Menge wird aber noch nicht die ursprünglich erwartete Menge erreichen.

[Vertrag zur AstraZeneca Impfstofflieferung](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission zu Gespräch am 31. Januar 2021](#)

Kommission führt Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für die Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen ein

Um den Zugang zu COVID-19-Impfstoffen für alle EU-Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und mehr Transparenz bei der Ausfuhr von Impfstoffen in Länder außerhalb der EU zu schaffen, hat die Europäische Kommission am 29. Januar 2021 ein Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für die Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen eingeführt. Der Mechanismus gilt nur COVID-19-Impfstoffe, für die die EU Abnahmegarantien (Advance Purchase Agreements) abgeschlossen hat. Die Regelung ist zeitlich befristet und enthält Ausnahmen für Nachbarländer und Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission: Behandlung von COVID-19-Patienten mit Rekonvaleszentenplasma

Die Europäische Kommission fördert die vielversprechende Behandlung von COVID-19-Patienten mit Rekonvaleszentenplasma und hat dafür 24 Projekte für eine Bezuschussung ausgewählt. Die Projekte bauen die Plasmagewinnung von Spendern auf, die an COVID-19 erkrankt sind, oder erweitern bestehende Programme. Die Plasmaspenden werden dann für die Behandlung von COVID-19-Patienten verwendet. Im vergangenen Juli wurden alle öffentlichen und gemeinnützigen Blutspendedienste in der gesamten EU und in Großbritannien eingeladen, die Mittel für den Kauf von Geräten zur Plasmasammlung zu beantragen. Die Zuschüsse werden über das Coronavirus-Soforthilfelinstrument (ESI) mit insgesamt 36 Millionen € finanziert. Die Projekte, die in 14 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, und im Vereinigten Königreich durchgeführt werden, sind national oder regional ausgerichtet und beliefern insgesamt über 150 Blut- oder Plasmasammelzentren.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210111-behandlung-mit-rekonvaleszentenplasma_de

Fahrplan zur Evaluierung von grenzübergreifenden Patientenrechten

Die Kommission veröffentlichte am 15. Januar 2021 einen Bewertungsfahrplan zur Evaluierung der Patientenrechte bei grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung. Die Richtlinie präzisiert das Recht der EU-Bürger, eine Gesundheitsversorgung in einem anderen EU-Land mit Kostenerstattung wahrnehmen zu können. Diese Bewertung wird untersuchen, inwieweit die Richtlinie den Zugang zu sicherer und hochwertiger grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung in einem anderen EU-Land erleichtert und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, auch im Bereich der seltenen Krankheiten und der europäischen Referenznetze, fördert. Bis zum 11. Februar 2021 kann Feedback gegeben werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Sicherheitsmaßnahmen für Reisen innerhalb und außerhalb der EU vor

Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten eine Aktualisierung der vereinbarten Farbcodes für EU-Risikogebiete sowie strengere Maßnahmen für Reisende aus EU-Regionen mit höherem Risiko: Ein 'dunkelroter' Farbcode soll künftig Gebiete mit sehr hoher Virusverbreitung kennzeichnen. Zusätzliche Maßnahmen soll es auch für alle Einreisenden von außerhalb der EU geben: Die Vorlage eines negativen Testergebnisses bereits vor der Abreise sowie verschärfte Maßnahmen bei Einreise aus Gebieten mit hochansteckenden Varianten von COVID-19 sind geplant.

[Kommissions-Pressemitteilung Farbcodes](#)

[Kommissions-Pressemitteilung Außer-EU-Reisen](#)

EU-China-Investitionsabkommen eröffnet neue Geschäftschancen

Das ab 25. Januar 2021 online einsehbare Abkommen soll zu ausgewogeneren Handelsbeziehungen führen. China verpflichtet sich, Investoren aus der EU einen umfassenderen Marktzugang als je zuvor zu gewähren, sowie eine faire Behandlung von EU-Unternehmen zu gewährleisten. Das ausgehandelte Ergebnis des Investitionsabkommens ist insgesamt das ambitionierteste, das China jemals mit einem Drittland vereinbart hat, und somit auch ein Beitrag der EU zur zukünftigen Gestaltung der globalen Handelsregeln.

[Vorläufiger Text des Investitionsabkommens](#)

Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Umwelt

Im Kampf gegen den Klimawandel ist eine Priorität der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft die Umsetzung des zweiten EU-Aktionsplans für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft. Gefördert werden sollen insbesondere Sekundärrohstoffmärkte, das Abfallmanagement bestehender Güter, eine intelligente Produktion und Nutzung von Gütern mit Fokus auf Rohstoffreduzierung und Innovation im Produktdesign. Zudem will sich die portugiesische Ratspräsidentschaft verstärkt auf die Erhaltung und Wiederherstellung der Biodiversität bis 2030 fokussieren. Dazu gehört u.a. die Vorbereitung für die COP15 in Kunming (China) im 2. Quartal 2021. Ein besonderes Augenmerk soll auf einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung als Bestandteil für Erhalt und Wiederherstellung der Biodiversität und Klimaschutz liegen. Ein entsprechender Finanzrahmen soll dabei die Multifunktionalität der Wälder z.B. als Kohlenstoffsenken unterstützen.

Ferner will man die innerhalb der „Vom-Hof-auf-den-Tisch“-Strategie angestrebte Reduzierung von Pestiziden bis 2030 um die Hälfte forcieren. Auf der Tagung des Umweltrats am 21.06. ist ein Meinungsaustausch über Düngemittel und über den von der Kommission vorbereiteten Aktionsplan "Null Verschmutzung" geplant. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt soll eine verbesserte Umsetzung der EU-Wassergesetzgebung im Sinne eines integrierten Ansatzes für ein grenzüberschreitendes Wassermanagement sein.

[Arbeitsprogramm portugiesische Präsidentschaft](#)

Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Landwirtschaft

Schwerpunkt der aktuellen portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft wird die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Erzielung einer endgültigen Einigung der Mitgesetzgeber im Juni diesen Jahres. Die Verhandlungen zur GAP wurden Mitte November unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft aufgenommen, eine Einigung über den neuen Rechtsrahmen zur GAP konnte jedoch bisher nicht erreicht werden. Ende Januar wird auf dem Ministerratstreffen eine erste Bilanzierung der Verhandlungen zwischen dem Parlament und Rat erwartet.

Die Minister wollen weiterhin der Situation der EU-Agrarmärkte und den künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich Priorität einräumen.

Als weiteren Schwerpunkt hat die Ratspräsidentschaft die Überwachung der Umsetzung von Initiativen aus dem Europäischen Green Deal in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzenschutz auf die Agenda gesetzt.

[Arbeitsprogramm portugiesische Präsidentschaft](#)

Prioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft im Agrarausschuss diskutiert

Am 26. Januar 2021 stellte die portugiesische Agrarministerin Maria do Céu Antunes den EU-Abgeordneten im Agrarausschuss die Prioritäten seiner Ratspräsidentschaft im Bereich Landwirtschaft vor. Sie betonte, dass die Verhandlungen über die Agrarpolitik der EU schnell abgeschlossen werden müssten (voraussichtlich bis April 2021), wobei man gleichzeitig auf eine hohe Qualität einer Einigung Wert legen müsse. Hierzu äußerten einige Abgeordnete, dass seitens des Rates bisher keine Kompromissbereitschaft erkennbar sei. Die Vorschläge des Parlamentes, welche zu Teilen deutlich ambitionierter seien, würden durch den Rat nicht aufgegriffen.

Die neue Ratspräsidentschaft wird sich außerdem auf die Förderung der strukturellen Entwicklung innerhalb des Lebensmittelsystems, die Gewährleistung der Nachhaltigkeit in ländlichen Gebieten, die Förderung des digitalen Wachstums und die Unterstützung des ökologischen Landbaus konzentrieren. Sie möchte auch die Strategie „Farm to Fork“ weiterentwickeln und auf eine nachhaltigere und biologisch vielfältigere Landwirtschaft hinarbeiten, um bis 2050 eine Klimaneutralität in der EU zu erreichen.

[Pressemitteilung](#)

Vorschläge zu Öko-Regelungen in der GAP vorgelegt

Die Kommission hat am 14. Januar 2021 eine Liste landwirtschaftlicher Praktiken veröffentlicht, die im Rahmen der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unter die Öko-Regelungen (Eco-Schemes) fallen könnten.

Im Rahmen der neuen GAP wird jedes EU-Land einen eigenen GAP-Strategieplan erstellen und darlegen, zur Erreichung welcher Ziele die GAP-Finanzierung eingesetzt werden soll. Die Strategiepläne müssen auch „Öko-Regelungen“ umfassen, die den Landwirtinnen und Landwirten Anreize und Unterstützung geben, um Landbewirtschaftungsmethoden einzusetzen, die dem Klima, der biologischen Vielfalt und der Umwelt förderlich sind. Sie sollen einen Beitrag dazu leisten, die Ziele des Europäischen Grünen Deals zu erreichen.

Die vorgelegte Liste der möglichen landwirtschaftlichen Praktiken enthält ökologische Anbaumethoden, Maßnahmen wie die Fruchtfolge mit Leguminosen oder grasbasierte Viehhaltung. Darüber hinaus umfasst sie auch das sogenannte „Carbon Farming“, um die Kohlenstoffbindung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erhöhen, zum Beispiel über die extensive Nutzung von Dauergrünland. Weitere landwirtschaftliche Praktiken, die durch Öko-Regelungen unterstützt werden könnten, sind die Präzisionslandwirtschaft, sowie Haltungspraktiken, die das Tierwohl fördern und/oder den Bedarf an Antibiotika in der Tiermast verringern.

[Pressemitteilung](#)

[Liste](#)

Studie zu EU-Handelsabkommen im Agrar- und Ernährungssektor

Einer am 26. Januar 2021 veröffentlichten Studie zufolge, wirkt sich die EU-Handelsagenda insgesamt positiv auf die EU-Wirtschaft und den Agrar- und Ernährungssektor aus. Die Studie befasst sich mit den Auswirkungen von 12 Handelsabkommen auf den Agrar- und Lebensmittelsektor bis 2030.

Laut der Studie werden Handelsabkommen zu einem erheblichen Anstieg der EU-Agrar- und Lebensmittelexporte führen, während die Importe in geringerem Maße zunehmen. Dies wird insgesamt zu einer positiven Handelsbilanz führen. Die Studie bestätigt auch, dass der Ansatz der EU, durch Zollkontingente eine begrenzte Menge an Importen zu niedrigeren Zöllen zu gewähren, der beste Ansatz ist, um anfällige Agrar- und Lebensmittelsektoren in der EU zu schützen.

Die Studie deckt Freihandelsabkommen (FTAs) ab, die kürzlich von der EU abgeschlossen oder umgesetzt wurden, sowie Handelsabkommen, die auf der EU-Agenda stehen. Sie umfasst zwei Szenarien, ein ehrgeiziges (vollständige Liberalisierung der Zölle für 98,5 Prozent aller Produkte und eine teilweise Zollsenkung um 50 Prozent für die übrigen Produkte) und ein konservativeres (vollständige Liberalisierung um 97 Prozent und eine Zollsenkung um 25 Prozent für die übrigen Produkte). Zusätzlich werden in den Szenarien die fünf abgeschlossenen Freihandelsabkommen auf Basis des Verhandlungsergebnisses modelliert. Die Ergebnisse der Szenarien werden jeweils mit einem Referenzszenario von „Business as usual“ im Jahr 2030 verglichen.

Das Ergebnis der Studie wurde am 25. Januar 2021 dem Agrarministerrat vorgestellt, am 26. Januar 2021 dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments. Die EU-Abgeordneten zeigten sich den Ergebnissen der Studie eher kritisch gegenüber.

[Pressemitteilung](#)

[Studie](#)

Handelsabkommen und EU-Landwirtschaft

Am 26. Januar 2021 debattierten die EU-Abgeordneten im Agrarausschuss gemeinsam mit Agrarkommissar Janusz Wojciechowski die Auswirkungen von Handelsabkommen der EU auf die EU-Landwirtschaft.

In einer Debatte, die auf die Präsentation einer aktualisierten Studie über die kumulierten wirtschaftlichen Auswirkungen von Handelsabkommen auf die EU-Landwirtschaft durch Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski folgte, bestanden viele Abgeordnete darauf, dass die EU-Kommission mehr tun sollte, um den EU-Landwirten zu mehr globaler Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen und den Abschluss von Handelsabkommen zu vermeiden, die für die EU-Landwirte schädlich sind. Viele Abgeordnete bestanden ebenso darauf, dass importierte Produkte den hohen EU-Standards (auch in deren Produktion)

entsprechen müssten, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Wie dies WTO-rechtlich umsetzbar ist, steht zur Frage (Prinzip der Äquivalenz).

Vertreter der Grünen kritisierten die zunehmende Abhängigkeit der EU von Importen von Agrar- und Lebensmittelprodukten und die Forderung nach immer billigeren Lebensmitteln.

[Pressemitteilung](#)

Agrarrat vom 25. Januar 2021 GAP, Fischerei & Brexit, Handel

Die Minister erörterten Leitlinien für den Beginn der förmlichen bilateralen Konsultationen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die endgültige Festlegung der Fangmöglichkeiten für 2021 (und für einige Bestände für 2022), die Auswirkungen und Perspektiven der jüngsten Handelsentwicklungen auf dem Agrarsektor der EU und den aktuellen Stand der interinstitutionellen Verhandlungen über das Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2020.

Zu Beginn der Sitzung stellte der portugiesische Vorsitz seine Prioritäten vor. Eines der wichtigsten Ziele sei demnach der Abschluss der Verhandlungen über die GAP-Reform im Frühjahr. Ferner erläuterte der Vorsitz weitere Prioritäten im Bereich Landwirtschaft (Strategie für die ländliche Entwicklung, Beschluss des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden und Einigung über die Prioritäten der EU für den Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen) und Fischerei (Einigung mit dem Vereinigten Königreich und Norwegen über die wichtigsten Fangmöglichkeiten, Abschluss der Verordnung über den neuen Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung des Kontrollsystems).

Die Ministerinnen und Minister erörterten ihre Prioritäten für den Beginn der förmlichen bilateralen Konsultationen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die endgültige Festlegung der Fangmöglichkeiten für 2021 für die gemeinsam bewirtschafteten Bestände (und für gemeinsame Tiefseebestände für 2021 und 2022). Sie sprachen ferner ihre Unterstützung für die ersten Leitlinien des Vorsitzes für die Europäische Kommission aus, die die Konsultationen leiten wird, und betonten, dass die Grundsätze der Gemeinsamen Fischereipolitik eingehalten werden müssten. Für die Ministerinnen und Minister hat es hohe Priorität, dass die Fischereigemeinschaften der EU so schnell wie möglich Gewissheit erhalten und die ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit des Sektors gefördert wird. Ferner forderten sie von der Europäischen Kommission Klarheit und Transparenz bei der Durchführung der Konsultationen; sie betonten, dass sie während des gesamten Prozesses und auf verschiedenen Ebenen umfassend informiert und einbezogen werden müssen. Einige Mitgliedstaaten äußerten auch Bedenken hinsichtlich der jüngsten einseitigen Entscheidung Norwegens über Quoten für einige gemeinsame Bestände und forderten einen raschen Abschluss der Verhandlungen zwischen der EU und Norwegen über die Fangmöglichkeiten.

Am Nachmittag führten die Ministerinnen und Minister einen Gedankenaustausch zum Handel. Als Grundlage dafür diene eine Vorstellung der Kommission über die jüngsten Entwicklungen im internationalen Handel und deren Auswirkungen auf den Agrar- und Lebensmittelsektor der EU. Mehrere Ministerinnen und Minister betonten, dass in den Handelsabkommen der EU, z. B. Mercosur, gleiche Wettbewerbsbedingungen festgelegt werden müssen, damit die europäischen Landwirte fair behandelt werden. Viele unterstrichen, wie wichtig es sei, Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse aus Drittländern nur dann einzuführen, wenn dabei die gleichen hohen Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards eingehalten werden wie in der EU. Die Ministerrunde begrüßte ferner das Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und den nichttariflichen Status von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln und betonte, dass die Umsetzung des Abkommens genau überwacht werden müsse, um Sicherheit und Stabilität in dem Sektor zu gewährleisten – auch bei Themen wie geografischen Angaben. Die Ministerinnen und Minister wiesen ferner auf die neuen Perspektiven und Chancen hin, die sich mit der neuen US-Regierung ergeben, insbesondere im Zusammenhang mit der Deeskalation der handelspolitischen Spannungen.

Der Vorsitz unterrichtete die Ministerinnen und Minister ferner über den aktuellen Stand der Verhandlungen über das GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020 und erklärte, dass mehrere Sitzungen auf politischer und fachlicher Ebene geplant seien, um im Frühjahr eine Einigung zu erzielen.

[Pressemitteilung](#)

Schutz von Wildtieren vor Blei in der Umwelt

Die Kommission hat am 25. Januar 2021 Schritte unternommen, um wildlebende Tiere besser vor den negativen Auswirkungen von Blei in der Umwelt zu schützen. Im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung wurde eine Maßnahme verabschiedet, um die Verwendung von Blei in Munition in oder in der Nähe von Feuchtgebieten künftig einzuschränken. Mit der Maßnahme werden die nationalen Rechtsvorschriften zur Begrenzung der Verwendung von Bleischrot in Feuchtgebieten, die bereits in 24 Mitgliedstaaten gelten, harmonisiert. Sie wird in zwei Jahren in Kraft treten.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Als Teil der Bewertung der besseren Regulierung der Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) und der Folgenabschätzung ihrer geplanten Überarbeitung hat die GD SANTE am 18. Januar 2021 eine öffentliche Online-Konsultation gestartet, in der Interessengruppen und Mitglieder der Öffentlichkeit um ihre Meinung gebeten werden zum nachhaltigen Einsatz von Pestiziden. Diese Online-Konsultation kann bis zum 12. April 2021 beantwortet werden

Die Interessengruppen werden zu den Erfolgen der SUD (sustainable use directive), zu Implementierungs-, Durchsetzungs- und Anwendungsproblemen und ihren zugrunde liegenden Ursachen sowie zu möglichen weiteren Wegen und ihren Auswirkungen konsultiert. Die Konsultation soll den an der Anwendung des SUD beteiligten Akteuren und der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen auszutauschen. Es ermöglicht den Befragten, ihre Ansichten zu möglichen Wegen zu äußern, wie die Richtlinie effizienter funktioniert oder ihre Ziele besser erreicht werden könnten.

[Konsultation](#)

Kommission startet Konsultation zur Forststrategie

Die-Kommission hat am 26. Januar 2021 ihre Konsultation für eine neue [EU-Forst-Strategie](#) freigeschaltet. Bis zum 19. April 2021 werden Beiträge erbeten, die dann bei der finalen Konzeption durch die Kommission berücksichtigt werden.

Im Rahmen des europäischen Grünen Deals hatte die Kommission eine neue, auf der Biodiversitätsstrategie aufbauende EU-Forststrategie angekündigt, die sich auf den gesamten Waldzyklus erstreckt und die zahlreichen Leistungen der Wälder fördert. Ziel der Strategie ist es, für gesunde und widerstandsfähige Wälder zu sorgen, die die biologische Vielfalt schützen, zu den Klimazielen beitragen, Existenzgrundlagen sichern und eine kreislauforientierte Bioökonomie fördern. Der Schwerpunkt wird auf dem Schutz, der Wiederherstellung und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern in der EU und – sofern sie nicht bereits von solchen Maßnahmen erfasst sind – von Wäldern in anderen Regionen der Welt liegen.

[Konsultation](#)

Klimadiplomatie: Rat verabschiedet Schlussfolgerungen

In seinen Schlussfolgerungen vom 25. Januar 2021 erkennt der Rat an, dass der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit darstellt. Es wird darauf hingewiesen, dass die globalen Klimaschutzmaßnahmen immer noch nicht den Anforderungen entsprechen, die zur Erreichung der langfristigen Ziele des Pariser Übereinkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erforderlich sind.

Der Rat räumt ein, dass Europa zwar Führungsstärke zeigt und ein Vorbild ist, indem es seine innerstaatlichen Verpflichtungen verstärkt, jedoch dringend kollektives und entschlossenes globales Handeln erforderlich ist.

Der Rat fordert alle Parteien auf, die Ambitionen der national festgelegten Beiträge zu stärken und weit vor der 26. Vertragsstaatenkonferenz in Glasgow im November 2021 langfristige Strategien für eine emissionsarme Entwicklung vorzulegen.

Der Rat fordert außerdem einen weltweiten Ausstieg aus unverminderter Kohle in Energieproduktionen und wird internationale Initiativen zur Reduzierung der Methanemissionen starten oder unterstützen.

[Pressemitteilung](#)

Strengere Maßnahmen zur Förderung der Erholung der Fischbestände

Das Europäische Parlament hat am 21. Januar 2021 einen ganzheitlichen Ansatz für das Fischereimanagement mit der Ausweitung der Meeresschutzgebiete, erhöhten Quoten für die Kleinfischerei und Maßnahmen zum Klimawandel gefordert.

In einem eigenen Initiativbericht fordert das Parlament die Mitgliedstaaten auf, das Netz der Fischbestandsrückgewinnungsgebiete im Rahmen des Gemeinsamen Fischereiprogramms (GFP) zu erweitern und den Prozentsatz der nationalen Quoten an die kleine Küstenfischerei zu erhöhen. Die Abgeordneten forderten auch, dass Ressourcen aus dem gegenwärtigen und zukünftigen Europäischen Meeres-, Aqua- und Fischereifonds (EMFAF) verwendet werden sollten, um stark geschützte Gebiete einzurichten.

Die Fischer sollten in die Vorbereitung und Bewirtschaftung von Meeresschutzgebieten einbezogen werden, da ihre Akzeptanz dieser Räume der Schlüssel zum erfolgreichen Schutz dieser Gebiete ist. Die Mitgliedstaaten sollten Rechtsvorschriften erlassen, die die Fischer ermächtigen, auf See gefangene Abfälle an Land zu bringen, und ein System von Anreizen für die Verwendung geeigneter Sammelsysteme einführen, fügt der Bericht hinzu.

[Pressemitteilung](#)

Kommission genehmigt acht genveränderte Pflanzen

Die Kommission hat am 22. Januar 2021 drei gentechnisch veränderte Maissorten und zwei Sojasorten für die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln genehmigt und die Genehmigung für drei weitere Maissorten erneuert. Keine dieser Genehmigungen umfasst den Anbau der betroffenen Organismen in der EU. Alle Produkte, die aus diesen genetisch veränderten Organismen hergestellt werden, unterliegen den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Klimapakt: Unternehmen verpflichten sich zu mehr Nachhaltigkeit

Am 26. Januar 2021 hat die Kommission informiert, dass sich fünf europäische Unternehmen im Rahmen eines Pilotprojekts dazu verpflichtet haben, ihre Umweltauswirkungen zu verringern und den Verbrauchern dabei zu helfen, nachhaltigere Käufe zu tätigen. Die Colruyt-Gruppe, Decathlon, die LEGO-Gruppe, L'Oréal und Renewd haben als erste Unternehmen ihre Teilnahme an der Initiative „Green Consumption Pledge“ bestätigt. Mit ihren Unterschriften versprechen die Unternehmen, ihren Beitrag zu einem grünen Wandel zu beschleunigen. Die „Green Consumption Pledge“ ist Teil des europäischen Klimapakts. Die Zusagen im Rahmen der aktuellen Initiative wurden von der Kommission und den Unternehmen gemeinsam ausgearbeitet. Die Einhaltung der Zusagen im Rahmen des Pilotprojekts wird nach Ablauf eines Jahres bewertet, bevor die nächsten Schritte unternommen werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission gegen Täuschung von Verbrauchern bei umweltbezogenen Angaben

Die Kommission hat gemeinsam mit nationalen Verbraucherschutzbehörden die Internet-Auftritte von Unternehmen nach ökologischer Schönfärberei („Greenwashing“) durchforstet. In 42 Prozent der untersuchten Fälle waren die umweltbezogenen Angaben übertrieben, falsch oder irreführend. In mehr als der Hälfte der Fälle stellte das Unternehmen den Verbrauchern keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, um die Richtigkeit dieser Angaben beurteilen zu können. Untersucht wurden die Websites von Unternehmen aus verschiedenen Branchen wie Bekleidung, Kosmetika oder Haushaltsgeräte. „Greenwashing“ habe zugenommen, so eine am 28. Januar 2021 vorgestellte jährliche Untersuchung von Websites („Sweep“) auf Verstöße gegen das EU-Verbraucherrecht.

[Pressemitteilung](#)

Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkt Bildung

Die portugiesische Ratspräsidentschaft hat im Bereich Bildung folgende Themen in den Fokus gestellt: die Entwicklung des nächsten strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen der Verwirklichung eines Europäischen Bildungsraums; die Verhandlung und Verabschiedung von Ratsschlussfolgerungen zum aktuellen Stand und den Perspektiven der Initiative „Europäische Hochschulnetzwerke“; die Entwicklung einer Transformationsagenda für die EU-Hochschulbildung; die Verhandlung und Verabschiedung von Ratsschlussfolgerungen zur Gerechtigkeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung in Bezug auf Zugang, Inklusion und Bildungserfolg für alle. Darüber hinaus sollen die Themen Bildungsinvestitionen, Erwachsenenbildung, Digitale Bildung und der Start des Erasmus+-Programms für den Zeitraum 2021 - 2027 auf der Agenda stehen.

[Programm der Portugiesischen Ratspräsidentschaft](#)

Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkt Forschung

Das Programm der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft hat im Forschungsbereich als einen zentralen Schwerpunkt den weiteren Ausbau des europäischen Forschungsraums (European Research Area, ERA) benannt. Dazu sei es notwendig, eine engere Verbindung zwischen nationalen und den europäischen Maßnahmen und Fonds sicherzustellen. Außerdem plant die neue Ratspräsidentschaft den Abschluss der legislativen Vorbereitungen zu den „Missions“ und Partnerschaften im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe, die Unterstützung von Pilotmaßnahmen zu Grünem Wasserstoff und zum Forschungsfeld der Künstlichen Intelligenz. Eine Stärkung der Kooperationen zwischen der EU und Afrika sei ebenfalls ein Schwerpunkt.

[Programm der Portugiesischen Ratspräsidentschaft](#)

Raumfahrt: Prioritäten der EU für 2021

Am 12. Januar 2021 wurden auf der Europäischen Weltraumkonferenz die wichtigsten Prioritäten der EU für die Raumfahrt 2021 vorgestellt. Diese sind u. a. die Konsolidierung und Entwicklung der EU-Programme Copernicus und Galileo, die Stärkung der strategischen Autonomie Europas im Weltraum sowie die Entwicklung sicherer Konnektivität, u. a. im Bereich der Quantentechnologie. Zudem solle Europa zur internationalen Drehscheibe für Raumfahrtunternehmen werden. Auch die Gründung einer europäischen Trägerraketen-Allianz ist angedacht, die gemeinsam mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der Industrie einen Fahrplan für die nächste Generation von Trägerraketen und Technologien festlegen soll.

[Pressemitteilung](#)

Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkte Kultur

Im Rahmen der Portugiesischen Ratspräsidentschaft steht im Kulturbereich auch zukünftig der Wiederaufbau und die Stärkung des Kultur- und Kreativsektors aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Krise im Mittelpunkt. Die diesbezüglich zu verabschiedenden Ratsschlussfolgerungen sollen Empfehlungen zum Vorgehen auf europäischer Ebene enthalten. Weiterhin sollen Finanzierungsmöglichkeiten zum Schutz und Erhalt des Europäischen Kulturerbes auf der Agenda stehen und Thema der Orientierungsaussprache des Ministerrats am 18.05.2021 sein. Zudem soll thematisiert werden, wie ein besserer Zugang zu und Teilhabe an Kultur verwirklicht werden kann. Dabei sollen insbesondere die Rolle von Kunst in der Bildung sowie das lebenslange Lernen im Mittelpunkt stehen.

[Programm der Portugiesischen Ratspräsidentschaft](#)

Kompetenzzentrum zur digitalen Erhaltung des Kulturerbes

Am 4. Januar 2021 hat die Kommission ein europäisches Kompetenzzentrum zur digitalen Erhaltung und Bewahrung des europäischen Kulturerbes eröffnet. Das Zentrum, das für einen Zeitraum von drei Jahren arbeiten wird, wird mit bis zu 3 Mio. € aus dem Programm Horizont 2020 gefördert. Es wird einen digitalen Raum für die Erhaltung des kulturellen Erbes einrichten und den Zugang zu Daten, Metadaten, Standards und Richtlinien ermöglichen. Das „Istituto Nazionale di Fisica Nucleare“ in Italien koordiniert das Team von 19 teilnehmenden Organisationen, die aus 11 EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und Moldawien kommen.

[Webseite des Kompetenzzentrums](#)

Neues Europäisches Bauhaus

Am 18. Januar 2021 hat die Kommission die Gestaltungsphase zum Neuen Europäischen Bauhaus eingeleitet. Das neue Europäische Bauhaus ist eine Kreativitätsinitiative, mit der die Grenzen zwischen Wissenschaft und Technologie, Kunst, Kultur und sozialer Inklusion überwunden und mithilfe von Design Lösungen für Alltagsprobleme erarbeitet werden. Im Rahmen der Gestaltungsphase werden im Herbst dieses Jahres Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, mit denen Ideen für das neue Europäische Bauhaus an mindestens fünf Orten in den EU-Mitgliedstaaten mit EU-Mitteln auf nationaler und regionaler Ebene umgesetzt werden können.

[Pressemitteilung](#)

[Web Seite zum Europäischen Bauhaus](#)



Wasserstoff: Aufruf zur Interessensbekundung für Teilnahme an IPCEI

Das BMWi veröffentlichte am 11. Januar 2021 einen [Aufruf](#) zur Interessensbekundung für eine Förderung im Rahmen des IPCEI zu Wasserstofftechnologien und -systemen. Einreichfrist für Projektskizzen ist der 19. Februar 2021.

Die [Bekanntmachung](#) benennt als förderfähige Projekte solche, die der Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff in der Industrie sowie im Verkehrssektor dienen, ein Investitionsvolumen von 10 Mio. Euro übersteigen und sich u. a. in Sachen Innovationsgrad, Replizierbarkeit, Kosteneffizienz und Treibhausgas-Vermeidungspotential auszeichnen. Dabei können Anlagen, Ausrüstungen, Grundstücke, sonstige Bedarfsmittel (einschließlich Komponenten und Rohstoffen) sowie bestimmte Personalkosten kofinanziert werden.

Am 9. Februar 2021 wird es hierzu von 10-12 Uhr eine [digitale Veranstaltung](#) des BMWi zur Klärung von Fragen im Antragsprozess geben. Es stehen außerdem [mehrere Informationsstellen](#) der Bundesregierung zur Verfügung. Die Einreichung der Projektskizzen (max. 20 Seiten) erfolgt ebenfalls [online](#).

Hintergrund:

Hinter dem Kürzel IPCEI verbirgt sich ein „Important Project of Common European Interest“, d. h. ein transnationales Vorhaben mehrerer EU-Staaten, das mittels gemeinsamer staatlicher Förderung einen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit im Einklang mit den EU-Zielen leisten soll.

Das IPCEI zum Thema Wasserstoff ist im Entwurf des deutschen Planes für die Umsetzung des EU-Wiederaufbau- und Resilienzfonds mit einem Volumen von 1,5 Mrd. Euro unterlegt (vgl. S. 3, [Komponente 1.1](#), S. 23).

Europäisches Parlament fordert deutlich schärfere EU-Sanktionen gegen Russland

Siehe [Kapitel 1](#)

Zugang zu angemessenem Wohnraum sollte europäisches Grundrecht sein

Das Europäische Parlament hat am 21. Januar in einer Onlineplenarsitzung gefordert, die EU solle den Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum als durchsetzbares Menschenrecht anerkennen und die Beseitigung von Obdachlosigkeit vorantreiben.

In der Entschließung, die am Donnerstag mit 352 Stimmen bei 179 Gegenstimmen und 152 Enthaltungen angenommen wurde, heißt es, dass angemessener Wohnraum den Zugang zu sauberem und hochwertigem Trinkwasser, angemessener Sanitärversorgung und Hygiene sowie den Anschluss an Abwasser- und Wassernetze umfassen muss. Das Recht auf angemessenen Wohnraum sollte durch geltende europäische und nationale Rechtsvorschriften als grundlegendes Menschenrecht durchsetzbar sein.

Auf EU-Ebene sollten verbindliche Mindestanforderungen für gesunde Wohnräume, unter anderem in Bezug auf die Luftqualität in Innenräumen, eingeführt werden, die mindestens den WHO-Leitlinien entsprechen, fordern die Abgeordneten. Außerdem verlangen sie von der Kommission und den Mitgliedsstaaten, der Verringerung von Emissionen und der Energieeffizienz durch Gebäuderenovierungen Vorrang einzuräumen.

Die Wohnungslosenquoten sind in den letzten zehn Jahren in vielen Mitgliedstaaten aufgrund steigender Wohnkosten und des Einfrierens oder der Kürzung von Sozialprogrammen und -leistungen gestiegen. Die Entschließung bekräftigt die [frühere Forderung des Parlaments nach einem EU-weiten Ziel zur Beseitigung der Wohnungslosigkeit bis 2030](#). Darüber hinaus sollten außergewöhnliche Maßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit und zum Schutz obdachloser Menschen in der Coronakrise aufrechterhalten werden - insbesondere Moratorien für Zwangsräumungen und für die Abstellung der Energieversorgung sowie die Bereitstellung vorübergehender Unterkünfte.

Die Abgeordneten fordern die Mitgliedsstaaten sowie die regionalen und lokalen Behörden auf, rechtliche Bestimmungen, einzuführen, um die Rechte von Mietern und Eigenheimbesitzern zu schützen. Eine Wohnung gilt als erschwinglich, sofern dem Bewohner nach Erbringung der dafür fälligen Kosten zumindest die Mittel für sonstige grundlegende Ausgaben für ein menschenwürdiges Leben zur Verfügung stehen. Während dieser Schwellenwert derzeit bei 40% liegt, geben mehr als ein Viertel der europäischen Mieter, die zu Marktpreisen mieten, einen höheren Prozentsatz ihres Einkommens für die Miete aus, wobei die Mieten im Durchschnitt stetig steigen.

Schließlich weisen die Abgeordneten darauf hin, dass das expansive Wachstum im Bereich der Kurzzeitvermietung dazu führt, dass Wohnraum vom Markt verschwindet und die Preise steigen, was sich negativ auf die Lebensqualität in städtischen und touristischen Zentren auswirken kann.

[Pressemitteilung](#)

Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Digitalsteuer ein

Die Kommission hat am 19. Januar 2021 eine breite öffentliche Konsultation zu einer Digitalsteuer gestartet. Damit sollen die Möglichkeiten einer Besteuerung der überwiegend US-amerikanisch dominierten digitalen Wirtschaft ausgelotet werden. Die Konsultation sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft sicherzustellen. Beiträge können bis zum 12. April eingereicht werden.

Aus Sicht der Kommission sind die Steuersysteme in den letzten Jahren hinter den globalen technologischen Entwicklungen zurückgeblieben. Dies hat dazu geführt, dass digitale Unternehmen viel weniger Steuern zahlen, als sie sollten. Die COVID-19-Krise hat diese Situation noch verschärft.

Dieser Sachverhalt wird nun von den europäischen Institutionen mit der Einführung von EU-Steuern verknüpft. Bisher hat die Kommission gemäß Verträgen über die Funktionsweise der Europäischen Union nicht das Recht Steuern zu erheben und daraus einen Teil des europäischen Haushalts zu finanzieren.

Es ist aber ein zentrales Anliegen der Kommission sowie des Parlaments weitere Einnahmequellen für die EU zu entwickeln und so unabhängiger von nationalen Beiträgen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu werden. Neben Zöllen und einer Plastikabgabe soll auch eine (europäische) Digitalabgabe eingeführt werden, die direkt dem EU-Haushalt zugutekommen würde. Dieses Vorhaben wird aus nationaler und aus der Sicht der Mitgliedsstaaten bisweilen kritisch betrachtet.

Aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern, bedeutet die Einführung eines eigenen Steuererhebungsrechts der Europäischen Union eine tiefgreifende Veränderung der bestehenden Finanzverfassung. Deshalb bedarf es einer grundlegenden Analyse, welche europarechtlichen, verfassungsrechtlichen und verfahrensrechtlichen Änderungen hierfür erforderlich sind.

[Die Konsultation](#)

Verkehrsinfrastruktur: Weiterer CEF-Förderaufruf

Im Teilbereich Verkehr der „Connecting Europe“-Fazilität (CEF) ist bis zum 22. März 2021 ein letzter Förderaufruf in der Förderperiode 2014 bis 2020 geöffnet. Dabei werden Infrastrukturen v. a. für den Schienenverkehr gefördert, wobei in Deutschland nur entsprechende Planungsleistungen und vorbereitende Studien in einem Umfang von bis zu 50 % kofinanziert werden können (Volumen 160 Mio. Euro). Für eine Antragstellung ist die Zustimmung der nationalen Regierung erforderlich. Weitere Informationen u. a. zum Verfahren sind auf der [Seite](#) der zuständigen EU-Agentur INEA zu finden.

[Förderaufruf](#)

Portugiesische Ratspräsidentschaft – Schwerpunkt Sozialpolitik

Es ist erklärtes Ziel des portugiesischen Vorsitzes, der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte einen neuen politischen Impuls zu verleihen. Hierzu will Portugal einen Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto ausrichten, bei dem auch die EU-Führungsspitzen zusammenkommen sollen. Der Gipfel wird den Bereichen Beschäftigung, Qualifikation und Sozialschutz besondere Aufmerksamkeit widmen. Weitere wichtige Themen sollen die Zukunft der Arbeit, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie konkret die laufenden Verhandlungen über den Kommissionsvorschlag über eine Richtlinie für angemessene Mindestlöhne in Europa sein. Im Fokus steht ein soziales Europa, das auf die Folgen der Pandemie reagieren kann und das Gleichgewicht zwischen den Generationen, die Zukunft der jungen Europäer und das Wohlergehen aller sicherstellen kann.

[Programm der Portugiesischen Ratspräsidentschaft](#)

Grünbuch zu Folgen der Bevölkerungsalterung

Die Kommission hat am 27. Januar 2021 ein Grünbuch vorgelegt, mit dem sie eine breite politische Debatte über die Herausforderungen und Chancen einer alternden Gesellschaft in Europa anstoßen möchte. In dem Grünbuch legt die Kommission die Auswirkungen dieses deutlichen demografischen Trends auf die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft dar und lädt die Öffentlichkeit ein, ihre Ansichten zum Umgang mit dieser Sachlage im Rahmen einer 12-wöchigen öffentlichen Konsultation zu äußern.

Das Grünbuch steckt den Rahmen für die Debatte über die Bevölkerungsalterung ab, indem es die Geschwindigkeit und das Ausmaß des demografischen Wandels in der Gesellschaft sowie die zugehörigen Auswirkungen für die gesamte Politik darlegt. Dazu zählen alle Aspekte von der Förderung einer gesunden Lebensführung und des lebenslangen Lernens bis hin zur Stärkung der Gesundheits- und Pflegesysteme für ältere Menschen. Das Papier betont die Notwendigkeit, mehr Menschen in die Erwerbsbevölkerung einzugliedern, zeigt die Möglichkeiten zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen auf und geht auf die Auswirkungen der Alterung auf Berufslaufbahn, Wohlergehen, Renten, Sozialschutz und Produktivität ein. Das Grünbuch soll auch Grundlage für eine langfristige Vision für ländliche Gebiete bilden, die sich u.a. mit der Frage der Landflucht beschäftigen wird.

Die am 27. Januar 2021 eingeleitete öffentliche Konsultation steht interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen aus allen Mitgliedstaaten, auch auf regionaler und lokaler Ebene, offen. Anhand der Ergebnisse der Konsultation soll genau ermittelt werden, welche Unterstützung die Menschen, ihre Regionen und Gemeinschaften benötigen. Auf dieser Grundlage wird die Kommission mögliche politische Strategien prüfen, um die Mitgliedstaaten und Regionen in ihren Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung zu unterstützen.

[Pressemitteilung](#)

[Konsultation](#)

Ethische Grundsätze für EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz

Siehe unter [2. Inneres](#).

Fachkommissionen diskutieren Gesundheitsvorsorge und digitale Dienste

Am 22. Januar 2021 fand eine Online-Sitzung der Fachkommission ECON statt, die für Wirtschaftspolitik im Ausschuss der Regionen zuständig ist. Die Mitglieder diskutierten u.a. den 5. Aktionsplan 2021 für die Zusammenarbeit zwischen dem AdR und der Europäischen Investitionsbank, einen Aktionsplan für kritische Rohstoffe und eine Stellungnahme zu den Verordnungen über digitale Dienste und über digitale Märkte.

Am 29. Januar 2021 fand die Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT) online statt. Die Mitglieder diskutierten u.a. ein neues Konzept der Meeresstrategie für den Atlantik, wie die EU die Resilienz im Gesundheitsbereich stärken kann, die Verordnung zur Bewältigung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren und eine Arzneimittelstrategie für Europa und den Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA).

In beiden Fachkommissionen wird Mecklenburg-Vorpommern durch Herrn Tilo Gundlack, Mitglied des Landtages, vertreten

[Tagesordnung ECON](#)

[Tagesordnung NAT](#)

Die KPKR Ostsee-Kommission stellt sich neu auf

Der Exekutivausschusses der [KPKR Ostsee-Kommission](#) tauschte sich auf seiner Sitzung am 27. Januar 2021 mit dem im Herbst 2020 gewählten KPKR-Präsidenten Cees Loggen aus, der in seiner Heimatregion Noord-Holland Minister für Raumordnung, Wohnbau und Wassermanagement ist. Als erste Priorität seiner Arbeit nannte Loggen das Thema Klimawandel. Er kündigte an, dass die KPKR bei der UN-Klimakonferenz (COP 26) vom 1. bis 12. November 2021 in Glasgow vertreten sein und dort ihre Expertise und die Rolle der Regionen beim Klimawandel präsentieren werde. Als weitere prioritäre Themen nannte er Verkehr und Innovation („Smart Specialisation“). Mit Blick auf die Erfahrungen und den Umgang mit der Covid-19 Pandemie hob er die Fähigkeit der KPKR hervor, flexibel reagieren zu können.

Zudem traf der Exekutivausschuss grundlegende Personalentscheidungen. So wurde Herr Romek Kosenkranius, Bürgermeister von Pärnu, als 2. Vizepräsident bestätigt. Als Schwerpunkte seiner Arbeit in der BSC nannte Kosenkranius die Bereiche Digitalisierung, Innovation und Infrastruktur. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Energie und Klima wurde der ehemalige AdR-Präsident Markku Markkula aus der Region Helsinki-Uusima gewählt. Die Partnerregion des Landes, Südwestfinnland stellt mit Tiina Perho die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Maritime Angelegenheiten, während sich die Region Skåne ebenfalls in der Arbeitsgruppe Energie und Klima engagiert.

Beschlossen wurde auch die Etablierung einer Arbeitsgruppe zum Thema Intelligente Regionalentwicklung („Smart Regional Development“), die auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Politikbereich Innovation in der EU-Ostseestrategie abzielt.

Im Frühjahr 2021 wird das neue Arbeitsprogramm der Ostsee-Kommission erarbeitet, mit dem die Prioritäten bis 2023 gesetzt werden.

[Weitere Informationen](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen	
22. Oktober 2020 – 29. Januar 2021	Finanzdienstleistungen – Überprüfung der EU-Vorschriften für Verwalter alternativer Investmentfonds
19. Oktober 2020 – 1. Februar 2021	Langfristige Investmentfonds – Überprüfung der EU-Vorschriften
Beschäftigung und Soziales	
7. Dezember 2020 – 1. März 2021	Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz – Strategischer Rahmen der EU (2021-2027)
Binnenmarkt	
17. November 2020 – 23. Februar 2021	Fisch & Meereserzeugnisse – Überprüfung der Vermarktungsnormen
10. November 2020 – 2. Februar 2021	Road circulation requirements for mobile machinery
9. Oktober 2020 – 29. Januar 2021	Elektromagnetische Verträglichkeit – Evaluierung der EU-Vorschriften
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	
2. Dezember 2020 – 2. März 2021	Hochgeschwindigkeits-Breitbanddienste in der EU – Überprüfung der Vorschriften
Energie	
17. November 2020 – 9. Februar 2021	EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) – Bewertung und Überprüfung
17. November 2020 – 9. Februar 2021	EU-Vorschriften für erneuerbare Energien – Überprüfung
Handel	
14. Januar 2021 – 8. April 2021	EU-Colombia/Ecuador/Peru Trade Agreement - evaluation
Inneres	
19. Januar 2021 – 16. März 2021	Amendment of the Schengen Borders Code
19. Januar 2021 – 16. März 2021	Sicherheit und Grenzmanagement – neue Schengen-Strategie
16. Dezember 2020 – 24. März 2021	Stärkung des automatisierten Datenaustauschs auf der Grundlage des Prüm-Rahmens

Justiz und Grundrechte	
22. Januar 2021 – 2. April 2021	Transparency of political advertising
26. Oktober 2020 – 8. Februar 2021	Nachhaltige Unternehmensführung
18. Dezember 2020 – 26. März 2021	Insolvenzrecht – stärkere Konvergenz der nationalen Rechtsvorschriften zur Förderung grenzüberschreitender Investitionen
Klimaschutz	
25. Januar 2021 – 19. April 2021	Wälder – neue EU-Strategie
13. November 2020 – 5. Februar 2021	CO2-Emissionen aus Pkw und Kleintransportern – Änderung der Normen
13. November 2020 – 5. Februar 2021	Klimawandel – Aktualisierung des EU-Emissionshandelssystems (EHS)
13. November 2020 – 5. Februar 2021	Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft – Überprüfung der EU-Vorschriften
13. November 2020 – 5. Februar 2021	Nationale Zielvorgaben für die Emissionsenkung (Lastenteilungsverordnung) – Änderung auf der Grundlage des Klimazielplans 2030
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	
25. Januar 2021 – 19. April 2021	Wälder – neue EU-Strategie
15. Januar 2021 – 9. April 2021	Lebensmittel und Getränke – EU-Regelungen für geografische Angaben (Überarbeitung)
10. November 2020 – 2. Februar 2021	EU farm policy — evaluation of its impact on knowledge exchange and advisory activities
Lebensmittelsicherheit	
18. Januar 2021 – 12. April 2021	Pestizide – nachhaltige Verwendung (aktualisierte EU-Vorschriften)
Maritime Angelegenheiten und Fischerei	
27. November 2020 – 19. Februar 2021	Meeresbeobachtung – gemeinsame Verantwortung
17. November 2020 – 23. Februar 2021	Fisch & Meereserzeugnisse – Überprüfung der Vermarktungsnormen
Statistiken	
16. Dezember 2020 – 10. März 2021	Europäisches Statistisches Programm 2013-20 – Abschlussbewertung
Steuern	
18. Januar 2021 – 12. April 2021	Eine faire & wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft – Digitalabgabe

Umwelt	
25. Januar 2021 – 19. April 2021	Wälder – neue EU-Strategie
11. Januar 2021 – 5. April 2021	Evaluation of the EU Biodiversity Strategy to 2020
11. Januar 2021 – 5. April 2021	Schutz der biologischen Vielfalt: Ziele für die Wiederherstellung der Natur im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie
22. Dezember 2020 – 23. März 2021	Industrieemissionen – Aktualisierung der EU-Vorschriften
22. Dezember 2020 – 23. März 2021	Industrielle Umweltverschmutzung – Europäisches Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister (aktualisierte Vorschriften)
20. November 2020 – 5. März 2021	Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft – Bewertung
11. November 2020 – 10. Februar 2021	EU Action Plan Towards a Zero Pollution Ambition for air, water and soil
Verkehr	
3. November 2020 – 2. Februar 2021	Intelligente Verkehrssysteme (Überprüfung der EU-Vorschriften)
Wettbewerb	
18. Dezember 2020 – 26. März 2021	EU-Wettbewerbsvorschriften – Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen
18. Dezember 2020 – 26. März 2021	EU-Wettbewerbsvorschriften – Überarbeitung der Vertikal-Leitlinien
Öffentliches Gesundheitswesen	
21. Januar 2021 – 15. April 2021	Blut, Gewebe und Zellen für medizinische Behandlungen und Therapien – überarbeitete EU-Vorschriften

Europäische Kommission

Veranstaltungsübersicht: [Link zum Veranstaltungskalender](#)

28. Januar 2020	DG ECFIN Workshop - "The role of fiscal policy in mitigating the COVID-19 crisis"
	Die Rolle der Finanzpolitik bei der Eindämmung der COVID-19-Krise
28./29. Januar 2020	5. jährliches Forum der EU-Strategie für die Adria und den Ionischen Raum (EUSAIR)
29. Januar 2020	Online-Bürgerdialog in Österreich mit Kommissar Virginijus Sinkevičius
1. Februar 2020	Stakeholder-Meeting zur Einrichtung eines multilateralen Investitionsgerichts
9. Februar 2020	Audiovisuelle Übersetzung, heute und in Zukunft
	2021-2027 technical seminars: webinar on REACT-EU
9./10. Februar 2020	Plenarsitzung der EEFIG 2021
23. – 26. Februar 2020	EU-Industrietage 2021

Rat der Europäischen Union

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des Rates](#)

28./29. Januar 2021	Presidency event: informal video conference of justice and home affairs ministers
1./2. Februar 2020	Informal meeting of competitiveness ministers (research and innovation)
15. Februar 2020	Euro-Gruppe
16. Februar 2020	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
19. Februar 2020	Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport – Bereich Bildung)
22. Februar 2020	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
	Rat (Landwirtschaft und Fischerei)
22./23. Februar 2020	Informal meeting of employment, social policy, health and consumer affairs ministers
23. Februar 2020	Rat (Allgemeine Angelegenheiten)
25./26. Februar 2020	Rat (Wettbewerbsfähigkeit)

Europäisches Parlament

25. – 28. Januar 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
1. Februar 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
04. Februar 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
8. – 11. Februar 2021	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
22. – 25. Februar 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments

Ausschuss der Regionen

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des AdR](#)

29. Januar 2021	6. Sitzung der Fachkommission NAT
1. Februar 2021	6. Sitzung der Fachkommission ENVE
2. Februar 2021	Konferenz der Präsidenten und Vorsitzenden
3. – 05. Februar 2021	142. Plenartagung des AdR
16. Februar 2021	Sitzung der Fachkommission CIVEX
17. Februar 2021	6. Sitzung der Fachkommission SEDEC
26. Februar 2021	7. Sitzung der Fachkommission COTER

Ostseekooperation

Veranstaltungsübersicht: <https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/>

11. Februar 2021	Fördermöglichkeit für Anschubprojekte in der EU-Ostseestrategie
15. Februar – 31. März 2021	Projektförderung durch den Ostseerat (CBSS)

Ansprechpartner	Themenbereiche
<p>Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu</p>	<p><i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i></p>
<p>Dr. Merten Barnert Stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu</p>	<p><i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i></p>
<p>Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu</p>	<p><i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i></p>
<p>Beatrix Bönisch Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: beatrix.boenisch@mv-office.eu</p>	<p><i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i></p>
<p>Julia Stark Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: julia.stark@mv-office.eu</p>	<p><i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i></p>
<p>Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu</p>	<p><i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i></p>
<p>Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu</p>	<p><i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i></p>
<p>Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu</p>	<p><i>Administration, IT-Technik, Internet, Veranstaltungen</i></p>